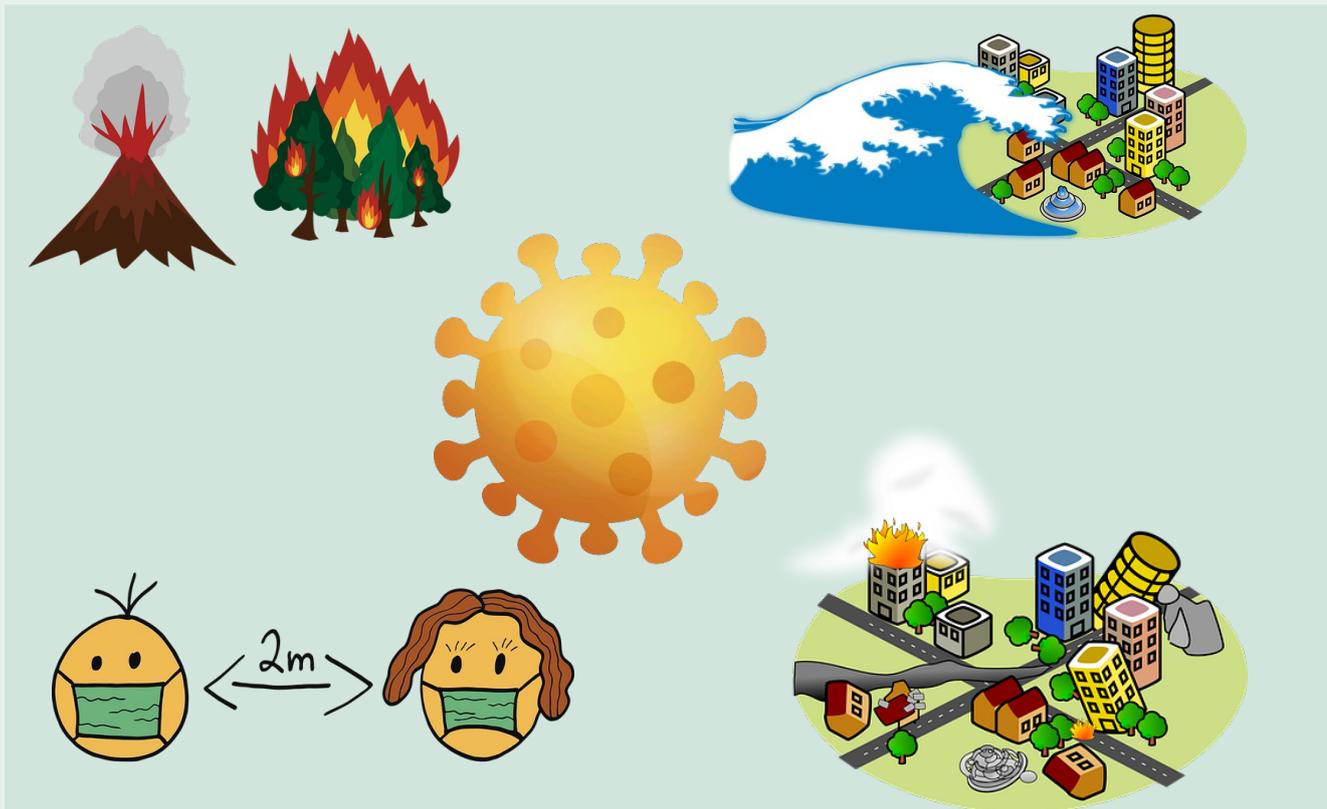


Menschen mit Behinderungen im Krisen- und Katastrophenfall



Eine Stellungnahme des
Tiroler Monitoring-Ausschusses
zur Förderung, zum Schutz und zur
Überwachung der Durchführung des
Übereinkommens über die Rechte von
Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen im Krisen- und Katastrophen-Fall

Grundlegendes zum Dokument voraus:

Diese Stellungnahme ist zum Teil in schwerer
und zum Teil in Leichter Sprache geschrieben.

Wir berücksichtigen in unseren Texten auch das 3. Geschlecht.

Wir verwenden dazu einen Unter-Strich,
zum Beispiel: Teilnehmer_innen.

Wir verwenden im Text für die
UN-Behinderten-Rechts-Konvention immer
die Kurz-Bezeichnung UN-BRK.

Inhalt

Grundlegendes zum Dokument voraus:	1
1. Einleitung.....	4
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	5
2. Rechtliche Grundlage.....	6
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	7
3. Lebensbereiche	8
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	8
Alltag:	9
Zitate:.....	9
Erfahrungsberichte:	10
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	11
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	12
Bildung:	13
Zitate:.....	13
Erfahrungsberichte:	13
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	14
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	15
Arbeit:	16
Zitate:.....	16
Erfahrungsberichte:	16
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	16
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	17
Einrichtungen:	19
Zitate:.....	19
Erfahrungsberichte:	19
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	20
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	22
Gesundheit:.....	24
Zitate:.....	24
Erfahrungsberichte:	24
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	25
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	26
Information, Kommunikation:	28
Zitate:.....	28
Erfahrungsberichte:	28
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	29
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	30
Unterstützungsleistungen:	32
Zitate:.....	32
Erfahrungsberichte:	32

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	32
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	33
Katastrophenschutzmaßnahmen:	34
Zitate:.....	34
Erfahrungsberichte:	34
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	34
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	36
Verwaltung:	37
Zitate:.....	37
Erfahrungsberichte:	37
Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:	38
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	39
4. Positive Maßnahmen aus der Corona-Krise	40
Kommunikation:	40
Befragung:.....	41
Corona-Gremium:	41
Zusammenfassung in Leichter Sprache:	42
5. Forderungen	43
Forderungen in Schwerer Sprache:	44
Alltag:.....	44
Bildung:.....	45
Arbeit:	45
Einrichtungen:	45
Gesundheit:	46
Information, Kommunikation:	46
Unterstützungsleistungen:.....	47
Katastrophenschutzmaßnahmen:	47
Verwaltung:	48
Forderungen in Leichter Sprache:	48
Alltag:.....	48
Bildung:.....	49
Arbeit:	50
Einrichtungen:	50
Gesundheit:	51
Information, Kommunikation:	52
Unterstützungs-Leistungen:	53
Katastrophen-Schutz-Maßnahmen:	53
Verwaltung:	54
Zum Schluss:	55
Wir bedanken uns bei folgenden Mitwirkenden:	55
Folgende Dokumente wurden bei der Erstellung dieser Stellungnahme verwendet:.....	55

Einleitung

Im Jahr 2020 gab es kaum ein Thema, das die Menschen so beschäftigte, wie die Corona Krise.

Weltweit standen Regierungen, Organisationen, alle Menschen vor großen Herausforderungen – in jedem Lebensbereich. Alle waren irgendwie betroffen. Durch eigene Erkrankung, in der Arbeit, durch finanzielle Schlechterstellung, soziale Distanz. Überall mussten innerhalb kurzer Zeit Lösungen gefunden werden und alle machten damit ihre Erfahrungen.

Viele beurteilen diese Erfahrungen negativ.
Mängel in Strukturen wurden deutlich und sichtbar.

Menschen mit Behinderungen gehören zu der Personengruppe, die in dieser Zeit vielfach Verschlechterungen erleben mussten. Es wurden Grenzen des Systems aufgezeigt. Es wurde aber auch erkannt, dass die Anliegen von Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend gehört und gesehen werden.

Der Tiroler Monitoringausschuss hat sich schon im Frühjahr mit der Situation von Menschen mit Behinderungen in der Krise auseinandergesetzt und eine kurze Stellungnahme dazu veröffentlicht

(https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/gesellschaft-soziales/UN-Konventionen/tiroler-monitoring-ausschuss/dokumente/stellungnahmen/TMA_INFORMIERT_Corona_Krise.pdf).

Doch Corona ist immer noch nicht zu Ende und es kann nach Corona auch zu anderen Krisen- und Katastrophenfällen kommen. Diese müssen nicht immer das ganze Land betreffen, sondern können sich auch auf eine Region beschränken, wie zum Beispiel bei Lawinen- oder Murenabgängen, Hochwasser, Erdbeben, Großbränden.

Für diese möglichen Fälle muss in Zukunft vieles besser laufen.

Die Verantwortlichen und Betroffenen müssen besser vorbereitet sein.

Die gleichberechtigte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen muss in diesen Fällen selbstverständlich sein.

Deshalb gilt es, aus dieser Krise zu lernen und die Chancen zur Veränderung zu ergreifen. Es gilt, die Erfahrungen aufzugreifen, zu betrachten, zu verbessern und umzusetzen.

Der Tiroler Monitoringausschuss hat daher am 9.12.2020 seine öffentliche Sitzung zu diesem Thema veranstaltet.

Coronabedingt wurde diese ohne persönlich Anwesende als Videokonferenz ausgestrahlt. Im Vorfeld wurden bereits an die 1000 Personen und Organisationen angeschrieben, um uns ihre Erfahrungsberichte aus dieser Zeit zu schildern. Die eingelangten Berichte wurden von uns bearbeitet, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und dieser Stellungnahme zugrunde gelegt.

Bei der öffentlichen Sitzung haben wir gezielt auch Verantwortliche als Vortragende eingeladen. So erfolgte eine bewusste Auseinandersetzung dieser Personen mit dem Thema. Diese Verantwortlichen sind auch weiterhin unsere wichtigen Ansprechpartner, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch im Krisen- und Katastrophenfall zu schützen und umzusetzen.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Viele Menschen waren durch die COVID 19 –Krise betroffen.

Manche waren krank.

Andere mussten von zu Hause aus arbeiten oder verloren sogar ihre Arbeits-Stelle.

Viele hatten plötzlich weniger Geld zum Leben.

Fast alle mussten ihre Kontakte zu anderen Menschen einschränken.

Menschen mit Behinderungen waren besonders davon betroffen.

Durch diese Corona-Krise hat man erkannt, dass Menschen mit Behinderungen manchmal immer noch nicht gehört und gesehen werden.

Dabei kann es auch andere Krisen und Katastrophen geben.

Zum Beispiel Lawinen oder Muren, Hoch-Wasser oder ein großes Feuer.

In solchen Fällen müssen Menschen mit Behinderungen volle Information und Unterstützung erhalten.

Die Menschen müssen auf solche Situationen besser vorbereitet sein.

Die gleich-berechtigte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen muss selbstverständlich sein.

Der Tiroler Monitoring-Ausschuss hat am 9. Dezember 2020 dazu seine öffentliche Sitzung gemacht.

Diese konnte nur als Video-Veranstaltung angeschaut werden.

Wir haben dazu Betroffene, aber auch Verantwortliche eingeladen.

Sie erzählten uns aus ihren Erfahrungen und aus ihrer Arbeit.

Wir haben aber vorher auch viele Betroffene gefragt.

Alle diese Berichte sind Grundlage für diese Stellungnahme.

Rechtliche Grundlage

Die UN-BRK regelt auch den Bereich von Gefahrensituationen und humanitären Notlagen. Da es in den Ländern und Staaten natürlich Krisen- und Katastrophenpläne für diese Situationen gibt, diese Krisen und Katastrophen aber eher eine Ausnahme darstellen, wurde bislang auf diesen Artikel 11 wenig Augenmerk gelegt. Die derzeitige Krise hat jedoch Mängel und Defizite dieser Pläne im Hinblick auf die Bestimmungen der UN-BRK aufgezeigt.

Artikel 11 lautet:

Die Vertragsstaaten ergreifen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, alle erforderlichen Maßnahmen, um in Gefahrensituationen, einschließlich bewaffneter Konflikte, humanitärer Notlagen und Naturkatastrophen, den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Darüber hinaus hat dieser Artikel in Zusammenhang mit der Corona-Krise noch in folgenden Bestimmungen der UN-BRK Auswirkungen:

Artikel 8 – Bewusstseinsbildung

Artikel 9 – Barrierefreiheit

Artikel 10 – Recht auf Leben

Artikel 14 – Freiheit und Sicherheit der Person

Artikel 17 – Schutz der Unversehrtheit der Person

Artikel 19 – Selbstbestimmtes Leben und Inklusion in der Gemeinschaft

Artikel 21 – Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen

Artikel 26 – Vermittlung von Fähigkeiten und Rehabilitation

Artikel 29 – Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Die Corona-Krise lässt die Dimensionen dieser Artikel in einem neuen Licht erscheinen. Vielfach hat sich herausgestellt, dass die bestehenden Strukturen nicht „krisentauglich“ sind. Die vorhandenen Strukturen sind zerbrechlich und stellen keine Stütze im System dar.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

In der UN-BRK steht in Artikel 11:

Gefahr und Not

Die Vertrags-Länder müssen Menschen mit Behinderungen schützen.

Das ist besonders wichtig bei Gefahr.

Und das ist besonders wichtig in Not-Lagen.

Manchmal sind Menschen in einer Gefahren-Situation.

Eine Gefahren-Situation ist zum Beispiel:

- Ein bewaffneter Konflikt.
Ein bewaffneter Konflikt ist zum Beispiel Krieg.
- Eine humanitäre Not-Lage
Humanitäre Not-Lage heißt:
Menschen geht es schlecht.
Die Menschen haben zum Beispiel wenig Essen.
- Eine Natur-Katastrophe.
Eine Natur-Katastrophe ist zum Beispiel ein schweres Erd-Beben.

Die Vertrags-Länder müssen diese Menschen dann beschützen.

Die Vertrags-Länder müssen Menschen mit Behinderungen dabei ganz besonders schützen.

Dafür treffen die Vertrags-Länder alle nötigen Vorkehrungen.

Das sagt das Völker-Recht.

Und das sagen die Menschen-Rechte.

Es gibt aber noch viele andere Bestimmungen in der UN-BRK, die in einer Krise wichtig sind.

Viele dieser Bestimmungen sind aber nicht gut umgesetzt.

Deswegen haben viele Strukturen und Angebote in dieser Krise auch nicht gut funktioniert.

Lebensbereiche

Die Corona-Krise hat viele Lebensbereiche betroffen. Wir haben dazu Menschen mit Behinderungen und Angehörige um ihre Erfahrungen gefragt.

Wir wollen hier die Betroffenen zu Wort kommen lassen.

Zitate sind oft kurze Meldungen, die ausdrücken, wie ein Mensch sich fühlt, wovor er Angst hat oder sich Sorgen macht. Zitate können oft sehr betroffen machen, da sie sehr viel aussagen.

Zusätzlich wollen wir auch kurze **Erfahrungsberichte** darstellen.

Im Abschnitt **Allgemeines** zu jedem Lebensbereich schreiben wir zusätzliche Informationen aus Sicht des Tiroler Monitoringausschusses.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Viele Menschen haben uns ihre Erfahrungen während der Corona-Krise geschickt.

Diese Erfahrungen haben wir gesammelt.

Wir haben diese Erfahrungen in verschiedene Lebens-Bereiche eingeteilt.

Manchmal sagen Menschen auch einen wichtigen Satz, der ihre Gedanken und Gefühle ausdrückt.

Diese Sätze nennt man Zitate.

Auch diese Zitate haben wir gesammelt.

All diese Zitate und Erfahrungen haben wir in diesem Abschnitt aufgeschrieben.

Diese Erfahrungen und Zitate übersetzen wir nicht in Leichte Sprache.

Wir schreiben aber zu jedem Lebens-Bereich noch einen Text.

Diesen Text fassen wir in Leichter Sprache zusammen.

Alltag:

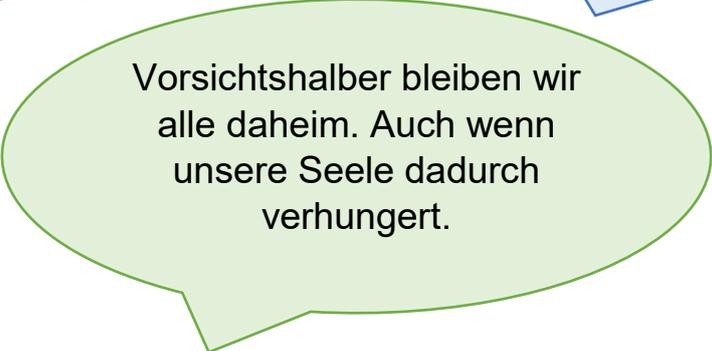
Zitate:



Muss immer daheim
bleiben!



Die Dinge sind so
verrückt!



Vorsichtshalber bleiben wir
alle daheim. Auch wenn
unsere Seele dadurch
verhungert.

„All meine positiven Anker fallen schon wieder weg (Yoga, Massage, Treffen mit Freunden)! Ich mache schon gar keine Termine mehr aus!“

„Mir fehlen das Einkaufen, die Besuche von meinem Bruder und die Kaffeehausbesuche!“

„Ich traue mich nicht spazieren gehen. Ich habe zu große Angst, dass mich die Polizei aufhält und mich ausfragt.“

„Ich kann des Thema Corona schon nimma hören! Gibt’s nix mehr anderes des wichtig is?“

„Mein Wunsch für Weihnachten, dass man wieder zusammen Kaffee und Kuchen genießen kann!“

„Es macht mir Angst, wie die Welt so ist!“

„Mich verstört diese Zeit zutiefst!“

„Ich fühle mich total einsam!“

„Persönliche Assistenz hat noch immer keinen guten Stellenwert. In der Krise habe ich das leider erkennen müssen.“

„Wir wurden über Nacht zum „Risikofall“. Das wird uns noch lange begleiten.“

„Teilhabe ist ein Menschenrecht – auch in Krisenzeiten!“

„Die Corona-Krise hat unsere Familie betreffend Pflege und Betreuung unserer Tochter wieder auf die Stunde null zurückgeworfen.“

„Wir müssen für unsere Angehörige daheim sorgen dürfen. Man kann uns aber nicht selbstverständlich dazu verpflichten, dies zu tun!“

„Für mich als Blinder ist die Situation sehr schlimm. Aufgrund der Abstandsregel hilft mir niemand mehr über die Straße oder im Geschäft.“

Erfahrungsberichte:

„Ich habe unglaubliche Angst davor in Quarantäne zu müssen. 10 Tage ganz alleine in der Wohnung eingesperrt und womöglich richtig krank, alle anderen ausgesperrt – wie soll ich das schaffen?“

„Thomas wurde vor dem zweiten Lock-down operiert. Er benötigte besondere Unterstützung, die er im Rahmen seiner Persönlichen Assistenz erhielt. In der Klinik steckte sich Thomas mit dem Corona-Virus an. Zu Hause hatte er im Rahmen seiner Persönlichen Assistenz die bestmögliche Pflege, da sie auf ihn abgestimmt und von ihm angeleitet wurde. Thomas wurde wieder gesund.“

„Ich lebe mit Persönlicher Assistenz und habe ein gutes Netzwerk. Dadurch war der Lock-down für mich nicht so schlimm. Ich hatte Zeit für meine Hobbies und meine aufgeschobenen Arbeiten.“

„Zwei meiner Persönlichen Assistent_innen sind in Quarantäne. Meine verbleibenden Assistent_innen tragen, wenn sie bei mir sind, Schutzmasken, die ich noch rechtzeitig, vor über einer Woche in einer Apotheke besorgen konnte. Jetzt gibt es keine vierlagigen Masken mehr.“

„Am Anfang war es für viele Menschen mit Lern-Schwierigkeiten schwierig zu verstehen, was das Corona-Virus überhaupt ist. In Einrichtungen konnten sie nicht einmal einkaufen oder spazieren gehen. Sie durften auch keinen Besuch bekommen. In manchen Wohneinrichtungen galten diese Regeln auch noch nach dem 1. Lock-down.“

Oft saßen die Menschen einfach nur herum und warteten, bis der Tag herum war. Es gab keine Angebote und die Menschen hatten keine Mitspracherechte.“

„Es steigt die Verunsicherung, es steigt der Alkoholmissbrauch, es steigt die Anzahl von Menschen mit depressiven Symptomen, es steigen die Konflikte und Aggressionen.“

„Ohne Struktur und mit den ständigen Ankündigungen von Maßnahmen durch Bund und Landesregierung kam ich in Dauerstress. Ich fand in der Nacht nur mehr 3-4 Stunden Schlaf.“

„Ich hatte vor 2 Jahren einen Herzinfarkt und meine Frau hat ein Herzleiden. Die Pflege und Betreuung unserer Tochter schaffen wir noch. Ich habe aber große Angst davor, dass wir irgendwann ans Ende unserer Kräfte kommen.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Im Zuge der Corona-Krise wurde ein kompletter Personenkreis, nämlich die Menschen mit Behinderungen zur „Risiko-Gruppe“ erklärt und aus diesem Grund verschärften Maßnahmen unterworfen und in ihren Rechten eingeschränkt.

Der Grund hierfür wurde mit einem erhöhten Schutz- und Fürsorgeprinzip erklärt. Es wurden dadurch aber jahrzehntelang erkämpfte Rechte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Inklusion und Teilhabe außer Kraft gesetzt.

Aktuelle Forschungsbefunde aus dem Pflegebereich haben gezeigt, dass die Isolation und Einsamkeit negative gesundheitliche und psychische Folgewirkungen hatten.

Menschen mit Behinderungen brauchen einen Weiterbestand ihrer Kontakte. Sie benötigen auch Mobilität, egal ob es darum geht notwendige Erledigungen zu machen, Kontakte zu pflegen oder einfach der Einsamkeit zu entfliehen. Dazu ist für viele auch die Aufrechterhaltung von Transportmöglichkeiten erforderlich. Sei es über die öffentlichen Verkehrsmittel, bis zu persönlichen Fahrdiensten.

Eltern können auch in einer Krise nicht immer für das junge oder auch erwachsene Kind da sein. Deshalb muss der Besuch von Therapien, Sozialarbeit, Tagesstrukturen und Freizeitaktivitäten unabhängig von Eltern möglich sein. Dazu braucht es ein Netzwerk für Betroffene und Angehörige, welches bekannt ist und die erforderlichen Angebote zur Verfügung stellt. Eine öffentlich aufliegende „Netzwerkkarte“ kann darüber informieren.

Gerade im psychosozialen Bereich gibt es erste erfolgreiche Erfahrungen mit dem Care- und Case-Management. Dieses ist gemeindenah und kann daher schneller und zielgerichteter auf die Bedürfnisse der Betroffenen reagieren. Dies ist ein System, das gerade in Krisenzeiten eine bedarfsorientierte Versorgung sicherstellt. Eine wichtige Forderung der UN-BRK.

Damit können auch institutionelle Strukturen abgebaut werden, die sich gerade in der Corona-Krise als sehr anfällig für Ansteckungsherde, aber auch Missachtung von Menschen- und Freiheitsrechte erwiesen haben.

Durch den Wegfall vieler Tages- und Wohnstrukturen waren Angehörige oft von einem Tag auf den anderen auf eine neue Situation eingestellt. Sie mussten bisher nicht erforderliche Unterstützungsleistungen in ihren Alltag mit Familie und Arbeit unterbringen. Belastungen mit Heim-Unterricht, Home Office, drohender Arbeitslosigkeit usw. stellten gerade auch für Angehörige eine hohe Belastung dar. Zumeist waren dabei auch Mütter betroffen. Ein Gespräch kann da oft schon über das Schlimmste hinweghelfen. Doch die Abstands- und Sicherheitsmaßnahmen haben auch dies verhindert. In solchen Fällen sind niederschwellige kostenlose Gesprächsangebote für Angehörige eine wichtige Hilfe.

So wie die Corona-Maßnahmen für viele Betroffene einen massiven Einschnitt in ihren Alltag bedeuteten, ist auch die Rückkehr aus diesem Alltag in einen strukturierten Alltag nicht leicht. Es muss daher darauf geachtet werden, welche dieser Personen Unterstützung und Begleitung aus der Krise in die „Normalität“ benötigen.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Die Corona-Krise hat Menschen mit Behinderungen im Alltag sehr betroffen.

Plötzlich waren die Menschen mit Behinderungen eine Risiko-Gruppe.

Die Menschen mit Behinderungen hatten dadurch weniger Rechte.

Menschen mit Behinderungen waren oft einsam.

Die Transport-Möglichkeiten waren sehr eingeschränkt.

Die Betreuung und Unterstützung war sehr eingeschränkt.

Therapien und Freizeit-Angebote waren sehr eingeschränkt.

Die Familien und vor allem die Mütter waren sehr belastet.

Gespräche können in solchen Situationen helfen.

Es muss schnelle und einfache Möglichkeiten für solche Gespräche geben.

Die UN-BRK fordert,

dass Menschen mit Behinderungen in den Gemeinden Hilfe und Unterstützung bekommen sollen.

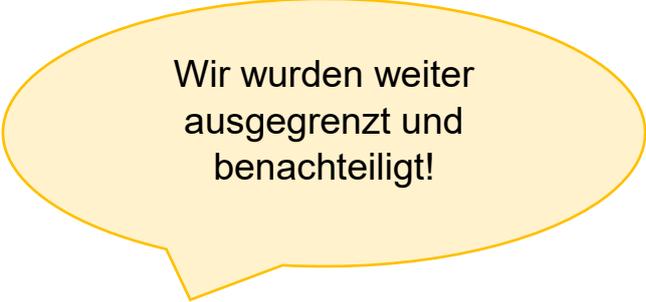
In Krisen und Katastrophen-Fällen kann so den Menschen schneller und richtiger geholfen werden.

Einige Menschen mit Behinderungen brauchen auch Hilfe, wenn die Corona-Krise vorbei ist,

denn manche Menschen brauchen Unterstützung bei Veränderungen.

Bildung:

Zitate:



Wir wurden weiter
ausgegrenzt und
benachteiligt!

„Kinder mit Behinderungen wurden in der Bildung schlichtweg vergessen. Viele bekamen kein Angebot oder wurden darüber nicht informiert.“

„Auch die Großeltern als wichtige Unterstützung fallen aus!“

„Schüler_innen mit Behinderungen sollten zunächst ausgeschlossen werden. Das wollen wir nicht zulassen!“

Erfahrungsberichte:

„Ich mache mir Sorgen um die Kinder, die jetzt in dem Alter sind, wo sie soziales Verhalten prägend lernen. Du musst Abstand halten. Du darfst niemanden umarmen. Komm nicht zu nahe, du könntest krank werden,..., unsere Mitmenschen sind gefährlich!“

„Ich bin Schulassistentin bei zwei gehörlosen Kindern. Diese sind neben der Gebärdensprache auf das Lippenlesen angewiesen, um dem Unterricht und den Pausengesprächen mit Freunden folgen zu können. Mit den Masken ist das aber nicht möglich. Gibt es hier eine Lösung?“

„Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind nicht zwangsläufig eine Risikogruppe. Sie dürfen daher nicht als Gefährder behandelt werden und erhöhten Sicherheitsauflagen unterworfen werden.“

„Die Fernlehre an der UNI war sehr kompliziert. Manche Professoren schickten einfach nur Unterlagen. Andere hielten online Vorlesungen. Dazu wurden verschiedene Programme benutzt, die teilweise einen speziellen Browser benötigten. Teilweise konnte man den Vorlesungen nicht folgen. Manche Lehrende sprachen viel zu schnell. Oft versagte die Technik. Alles war sehr schwierig und stressig.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Die Umstellung der Schule auf den Unterricht zu Hause war für alle eine große Herausforderung. Die Schulen waren unvorbereitet und wurden zunächst allein gelassen. Eltern waren mit der Organisation von der eigenen Arbeit (zu Hause), und dem Lernen mit (mehreren) Kindern überfordert. Viele Kinder kannten sich mit den technischen Voraussetzungen für das Lernen zu Hause nicht aus, oder hatten nicht einmal die technische Ausstattung dafür.

Die schulische Begleitung und das Home-Schooling war für Schüler_innen mit Behinderungen noch einmal eine besondere Herausforderung.

Auf sie wurde schlichtweg vergessen oder sollten sogar bewusst aus dem Lernprogramm ausgeschlossen werden.

So bestand ursprünglich die Überlegung, Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf für den Rest des Schuljahres von der Unterrichtspflicht zu befreien.

Von einigen Kindern mit Behinderungen wurde eine ärztliche Bestätigung eingefordert, dass sie nicht zur Risikogruppe gehören.

Bei der Umstellung auf den Unterricht zu Hause wurde auf die Bedürfnisse von Schüler_innen mit Behinderungen nicht eingegangen. Die Schulen waren auf die Entwicklung von Lehrangeboten vollkommen auf sich alleine gestellt. Eltern waren überfordert. Es fehlte an geeigneten alternativen Unterrichtsformen für Schüler_innen mit Behinderungen und Unterstützung von Eltern dieser Schüler_innen.

Die Kommunikation zwischen Schulen und Eltern funktionierte oftmals schlecht bis überhaupt nicht.

Auf einige Schüler_innen mit Behinderungen hat sich der fehlende soziale Kontakt besonders negativ ausgewirkt. Dies gilt in besonderem Maß auch für Kinder mit Autismus.

Als Maßnahme darauf liefen im 2. Lock-down die Sonderschulen als einzige Schulform im Präsenzbetrieb. Schüler_innen in integrativen Schulformen erhielten wiederum keine unterstützenden Regelungen.

Gerade der Bildungsbereich stellte sich in der Corona-Krise als Ort vielfacher Diskriminierungen heraus.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Die Corona-Krise hat auch die Schulen betroffen.
Alle Schüler_innen mussten plötzlich zu Hause lernen.
Das war eine große Umstellung für alle.
Es gab dafür keine Vorbereitung.
Sehr viele waren überfordert:
die Schulen, die Lehrer_innen, die Eltern
und natürlich auch die Schüler_innen.

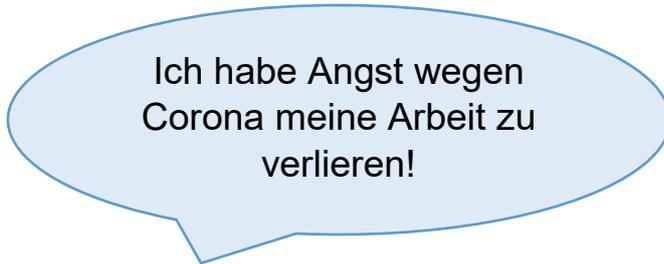
Schüler_innen mit Behinderungen wurden schlechter behandelt.
Viele bekamen keinen Unterricht,
bei dem sie gut lernen konnten.

Alle mussten mit dem Computer arbeiten und lernen.
Doch einige Menschen haben keinen Computer.
Und einige Menschen kennen sich mit dem Computer
nicht so gut aus.
Es gab dafür aber keine Hilfe.

In dieser Zeit wurden viele Schüler_innen
mit Behinderungen benachteiligt.

Arbeit:

Zitate:



Erfahrungsberichte:

„In der Krise wurden Menschen mit Behinderungen oft entlassen, weil sie arbeitsunwillig erschienen. Die Menschen hatten aber starke psychische Belastungen.“

„Weil Menschen mit Behinderungen oft den Druck am Arbeitsplatz nicht mehr aushielten und durch die Krise psychisch sehr belastet waren, haben sie gekündigt. Nach 2 Wochen haben sie das bereut.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Die COVID-Krise hat massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Es wird befürchtet, dass die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen zugenommen hat. Eine Tendenz dazu hat bereits vor der Krise bestanden. Aus der Sicht von Experten wird sich diese Folge auch nach der Krise fortsetzen.

Firmen haben Menschen mit Behinderungen oft nicht in Kurzarbeit gesetzt, sondern entlassen. Hier benötigt es unbedingt eine Beratung und Unterstützung für Arbeitgeber, damit aus Angst nicht überreagiert wird.

Menschen mit Behinderungen, die während der Krise keine Arbeitsleistung erbringen können, sollen die Möglichkeit haben, einen „Sonderurlaub“ in Anspruch nehmen zu können, damit ihr Einkommen gesichert ist.

Die berufliche Integration und Ausbildung war durch die Corona-Krise deutlich erschwert.

Die Regierung muss daher unbedingt finanzielle Maßnahmen setzen, die die Arbeitsplätze von Menschen mit Behinderungen sichert.

Das Home Office hat für einige Menschen mit Behinderungen neue Perspektiven für Arbeit geschaffen.

Die Möglichkeit für Home Office soll daher über die Corona-Krise hinaus, vor allem für Menschen mit Behinderungen geregelt und gesichert werden.

Fast alle Werkstätten und Tagesstrukturen wurden beim 1. Lock-down zugesperrt. Die Betroffenen wurden entweder von den Wohneinrichtungen oder den Angehörigen betreut und unterstützt. Diese Schließungen haben sich vor allem bei Menschen mit psychischen Erkrankungen/Beeinträchtigungen oft negativ ausgewirkt.

Andererseits haben aber auch einige Menschen mit Behinderungen davon berichtet, dass sie weniger Stresssymptome haben.

Negativ betroffen waren auch die Angehörigen, die unvorbereitet Unterstützungs- und Betreuungsleistungen übernehmen mussten. Dadurch waren Angehörige auch mit drohendem eigenen Arbeitsplatzverlust konfrontiert. Da hier Angehörige Leistungen durch den Wegfall staatlicher Einrichtungen übernehmen müssen (zum Beispiel Schließung von Einrichtungen, Unterricht zu Hause, Einstellung Mobiler Dienste,...), benötigt es eine Absicherung von unterstützenden Angehörigen in solchen Krisenfällen. Weiters ergaben Überprüfungen, dass vor allem Frauen mit diesen Situationen mehrfach belastet wurden.

Um drohende Armutsgefährdung für diese Personengruppe – alleinerziehende Mütter von (behinderten) Kindern sind davon besonders betroffen – zu verhindern, müssen hier seitens der Regierung sinnvolle Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung gesetzt werden.

Nach einer Krise müssen verstärkt Berufsintegrationsmaßnahmen gesetzt werden.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Viele Menschen mit Behinderungen finden schwieriger eine Arbeit.

Während der Corona-Krise verloren viele Menschen mit Behinderungen ihre Arbeit. Entweder wurden sie gekündigt oder sie waren überfordert und haben selbst gekündigt.

Hier braucht es unbedingt eine Beratung und Unterstützung für die Firmen, damit Menschen mit Behinderungen nicht gekündigt werden.

Es braucht aber auch unbedingt einen Schutz für Menschen mit Behinderungen, damit sie nicht gekündigt werden.

Oder damit sie sich bei einer psychischen Überforderung ohne Angst vor einer Kündigung erholen können.

Es müssen aber auch Angehörige geschützt werden.

Denn viele Einrichtungen waren geschlossen und Angehörige mussten Menschen mit Behinderungen unterstützen und betreuen.

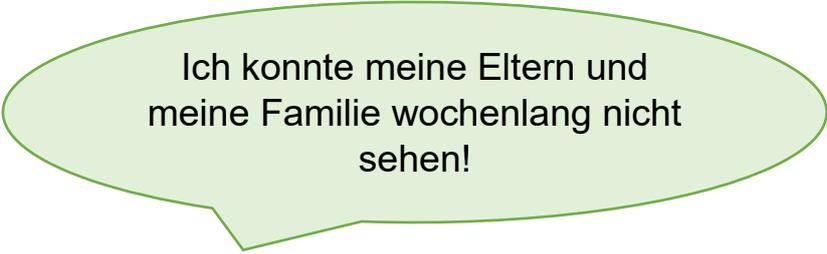
Deshalb müssen auch die Angehörigen vor einer Kündigung geschützt werden.

Viele Menschen konnten von zu Hause aus arbeiten.
Man nennt diese Arbeits-Form Home Office.
Für einige Menschen mit Behinderungen
ist das eine gute Möglichkeit, auch arbeiten zu können.
Diese Möglichkeit muss unbedingt weiter ausgebaut werden.

Nach der Corona-Krise braucht es viele Schulungen
und Maßnahmen, damit Menschen mit Behinderungen
wieder Arbeit finden.

Einrichtungen:

Zitate:



Ich konnte meine Eltern und
meine Familie wochenlang nicht
sehen!

„Vermisst habe ich Kommunikation, Information, Kontakt und Unterstützung von der Seite des Assistenzanbieters.“

„Es wurden einmal Einweghandschuhe und Mundmasken zugestellt.“

„Und das sind halt Dinge, die dringend aufgearbeitet werden müssen. Für mich ist die ganze Geschichte ein Beweis dafür, dass Institutionen nicht funktionieren.“

Erfahrungsberichte:

„Meine Tochter wurde mehrfach aufgrund unbegründeter Verdachtsfälle in ihrem Zimmer eingesperrt. Einmal wurde sie trotz eines negativen Tests für 10 Tage in ihrem Schlafzimmer isoliert. Da sie nicht sprechen kann, kann sie sich dagegen nicht wehren. Sie hatte in ihrem kleinen Zimmer keine Möglichkeit zur Beschäftigung. Sie konnte nicht einmal Luft schnappen. Das erinnert an ein Gefängnis!“

„Mein Sohn lebt und arbeitet mit Persönlicher Assistenz. Am Anfang der Krise hat uns der Trägerverein von einem Tag auf den anderen informiert, dass sie nicht mehr arbeiten. Die gesamte Betreuung musste von mir und Pauls Vater übernommen werden. Ich bin auch berufstätig.“

„Telefonische Unterstützung war gut und hilfreich. Ambulante Unterstützungen wurden oft in den virtuellen Raum geschoben, wodurch sie für viele Personen nicht mehr zugänglich waren.“

„Besuchsverbote in Einrichtungen bestanden auch während des Sommers. Besuche hatten im Freien stattzufinden. Das galt auch für besondere Bezugspersonen und Partner_innen.“

„Viele Werkstätten wurden geschlossen. Manche Einrichtungen haben ein gutes Alternativangebot für die Betroffenen gesetzt. Es wurde renoviert, gekocht und gearbeitet. Andere Einrichtungen hatten aber gar keine Struktur.“

„Zimmerquarantäne hat es vor allem in Alten- und Pflegeheimen gegeben. Manchmal bemühte sich das Personal um diese Personen. In einigen Einrichtungen wurde aber auch verordnet, so wenig Kontakt wie möglich mit den Betroffenen zu haben. Zur Einhaltung des Besuchsverbotes wurde mit der Kündigung des Heimvertrages gedroht.“

„Seit nunmehr 7 Wochen dürfen Bewohner von WG's ihre Wohneinheiten nicht mehr verlassen. Wer sie verlässt darf nicht mehr zurück, zumindest steht diese Drohung im Raum.“

„Unsere Klient_innen sind ohnehin in einem besonderen Ausmaß von der Krise betroffen und die verschärften Regelungen des Landes stellen meines Erachtens eine Schlechterstellung dar.“

„Ich war 2 Wochen lang in einem Raum einer Behindertenwerkstätte, die als Quarantänestation umfunktioniert war, isoliert. Weil es dort keine Nasszelle gab, mussten wir einen Toilettenstuhl benutzen. Das war für mich außerordentlich schrecklich. Ich war nicht Corona positiv, musste aber in Absonderungsisolation, weil eine Betreuerin in der WG positiv war.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Die Corona_Krise war sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen eine sehr herausfordernde Zeit. Betroffene, Familien, Betreuer_innen, Einrichtungsleiter_innen und Dienstleistungs-Träger mussten innerhalb kürzester Zeit Maßnahmen umsetzen. Es gab keine Erfahrungen und auch keine klaren Vorgaben. Allseits herrschte Verunsicherung vor. Nahezu überall fehlten klare und taugliche Notfallpläne.

Insbesondere in der Anfangszeit der Corona-Krise wurden die Einrichtungen sowohl mit Informationen als auch mit Schutzausrüstung mangelnd versorgt. Die Einrichtungen und Organisationen waren zu Eigenaktivität gezwungen. Vor allem die Informationen wurden von den Einrichtungen und Selbsthilfeverbänden entwickelt und barrierefrei aufbereitet. Die Situation hat sich zwar verbessert, aber es besteht noch immer eine unzureichende Versorgung mit Schutzausrüstung. Zudem sind Verordnungen des Bundes nach wie vor unpräzise formuliert und lassen zu viel Interpretationsspielraum.

Die Mitarbeiter_innen in den Einrichtungen waren hohen psychischen Belastungen ausgesetzt. Neben einem erhöhten Arbeitsaufwand bestanden auch Ängste bezüglich eigener Ansteckung und durch eigenes Verhalten die Menschen mit Behinderungen und die Menschen in Alters- und Pflegeheimen zu gefährden.

Einrichtungen der Behindertenhilfe wurden bei der Testung nicht als wichtig eingestuft. Gleichzeitig wurden aber die Menschen mit Behinderungen als Risikogruppe qualifiziert.

Virtuelle Treffen oder Austauschrunden waren für viele wichtig, vor allem wenn Besuche in den Einrichtungen oder Ausflüge aus den Einrichtungen nicht möglich waren. Doch leider fehlen in vielen Einrichtungen die technische Ausstattung oder die personelle Unterstützung dafür. Dies war schon im 1. Lock-down so und es hat sich bis Herbst daran nichts geändert.

Die OPCAT-Kommission der Volksanwaltschaft hat – zwar eingeschränkt aber trotzdem -, unter Einhaltung aller Schutz- und Vorsichtsmaßnahmen Besuche in Einrichtungen durchgeführt.

Folgende Schwerpunkte, die die Menschen mit Behinderungen und alte Menschen besonders eingeschränkt haben, wurden immer wieder festgestellt:

- Es gab absolute Besuchsverbote und vielfach keinerlei Besuchskonzepte. Auch in Wohnungen wurde der Besuch untersagt. Es gab keine Ausnahmen für Bezugspersonen. Verstöße dagegen wurden mit Kündigung der Dienstleistung bedroht.
- Der für die Allgemeinheit erlaubte Aufenthalt im Freien wurde in manchen Einrichtungen untersagt.
- Beschäftigungsstrukturen waren überwiegend geschlossen. Manche Einrichtungen führten kreative Alternativangebote ein. Manche Einrichtungen boten keinerlei Tagesstruktur an. Gerade diese ist aber für viele Menschen mit Behinderungen sehr wichtig.
- Zimmerquarantäne gab es überwiegend in Alters- und Pflegeheimen. Diese dauerte von Tagen bis zu Wochen. In manchen Einrichtungen kümmerte man sich vermehrt um die Betroffenen. In manchen Einrichtungen schränkte man aber den Kontakt wegen der Ansteckungsgefahr auf das Nötigste ein. Verstöße dagegen wurden mit Kündigung des Heimvertrages bedroht.

Internationale Untersuchungen ergaben, dass die Sterblichkeitsrate in Einrichtungen um das 3-8-fache höher lag, als in der sonstigen Bevölkerung.

Trotz der fehlenden Schutzausrüstung und fehlender Testmöglichkeiten hat im Gegensatz dazu das System der Persönlichen Assistenz gut funktioniert.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass große Einrichtungen besonders gefährdet und von Erkrankungen und Todesfällen betroffen waren. Effektiv haben sich kleine Wohneinheiten mit flexiblen Betreuungsstrukturen, ausreichend bedarfsgerechte mobile Unterstützungsleistungen und vor allem Persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen erwiesen.

Dies ist eine wesentliche Forderung der UN-BRK. Die Deinstitutionalisierung, vor allem von Wohnstrukturen, ist schon lange eine Forderung des Tiroler Monitoringausschusses. Doch nach wie vor wird – vor allem im Alten- und Pflegebereich – massiv in Großeinrichtungen investiert.

Nach der Corona-Krise hat eine eingehende Betrachtung und Analyse von den Auswirkungen in Institutionen der Behindertenhilfe und den Alten- und Pflegeheimen und eine Gegenüberstellung zu mobilen Angeboten und Persönlichen Assistenzleistungen zu erfolgen.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Die Corona-Krise war für alle Einrichtungen eine große Herausforderung.

Die Einrichtungen erhielten oft keine Unterstützung.

Die Einrichtungen mussten selbst Informationen und Maßnahmen entwickeln.

Viele Mitarbeiter_innen in den Einrichtungen hatten Stress und Angst sich selbst anzustecken oder Bewohner_innen in den Einrichtungen anzustecken.

Es gab große Unterschiede bei den Einrichtungen.

Einige kümmerten sich sehr um die Bewohner_innen und es gab viele andere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Andere Einrichtungen aber wollten jeden Kontakt untereinander verhindern.

Oft durften Menschen mit Behinderungen, oder auch alte Menschen nicht aus den Einrichtungen hinaus gehen.

Es durfte auch kein Besuch hinein gehen.

Viele der Menschen mit Behinderungen hatten wochenlang keinen Besuch und waren einsam.

In dieser Zeit ist es sehr wichtig, wenn Menschen mit Behinderungen über den Computer mit anderen Menschen in Verbindung bleiben können.

Doch leider gab es in vielen Einrichtungen dafür keine technischen Geräte.

Oder es gab zu wenig Zeit und Personal, um den Menschen zu zeigen, wie das geht.

In den Einrichtungen gab es eine hohe Ansteckungs-Gefahr mit dem Corona-Virus.

Viele erkrankten.

Menschen starben in Einrichtungen.

Es gab internationale Untersuchungen.

Dort wurde festgestellt, dass in den Einrichtungen viel mehr Menschen starben, als sonst in der Bevölkerung.

Menschen in kleinen Wohn-Einrichtungen oder mit Persönlicher Assistenz ging es besser.

Daraus erkennt man, dass große Einrichtungen nicht gut funktionieren.

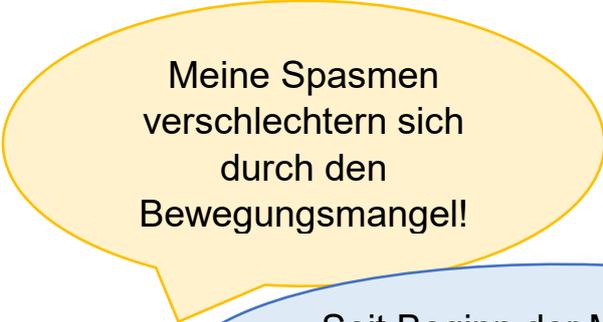
Deshalb fordert auch die UN-BRK die Deinstitutionalisierung.

Nach der Corona-Krise müssen die Verantwortlichen sehr genau auf Institutionen schauen.

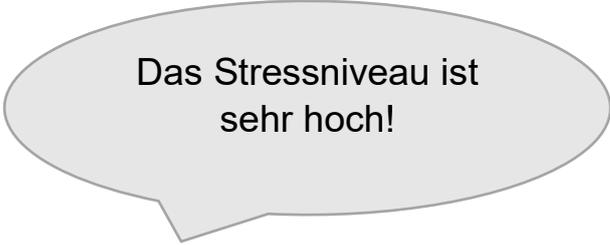
Sie müssen vergleichen, was nicht gut gelaufen ist, und welche Vorteile kleine Wohn-Formen und die Persönliche Assistenz haben.

Gesundheit:

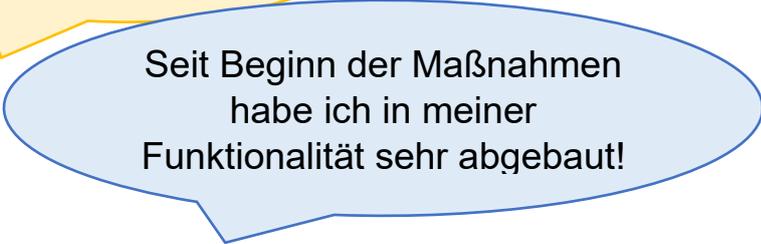
Zitate:



Meine Spasmen verschlechtern sich durch den Bewegungsmangel!



Das Stressniveau ist sehr hoch!



Seit Beginn der Maßnahmen habe ich in meiner Funktionalität sehr abgebaut!

„Ich habe solche Angst wegen Corona! Was ist, wenn ich jemanden anstecke?“

„Mit der Mama geh ich im Garten immer „hin und her“. Das ist meine Bewegungstherapie.“

„Psychisch wird uns im Moment die Lebensgrundlage entzogen!“

„Meine Operation wurde wegen Corona schon 3-mal verschoben. Ich habe Sorgen.“

„Medizinische Versorgung muss für Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt gewährleistet werden.“

„Mit Haus-Ärzt_innen konnte man oft nur mehr telefonisch Kontakt aufnehmen. Für viele Menschen mit Behinderungen ist das eine große Barriere!“

Erfahrungsberichte:

„Da wird man vom Hausarzt in die Klinik geschickt zur Abklärung und dort wird man dann abgelehnt, eben wegen der Corona-Pandemie und wieder nach Hause geschickt, mit einer Liste von Fachärzten, wo man hingehen soll. Da wartet man dann 2 Monate auf den Termin, weil die Ärzte in den Praxen eben wegen Corona auch nicht so viele Patienten gleichzeitig dran nehmen.“

„Es gibt Triage-Richtlinien im medizinischen Bereich (Erklärung Triage: Entscheidung, welcher Mensch medizinische Hilfe bekommt). Das betrifft den Lebenswert und das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen.“

„Ein autistisches Kind wurde nach einer schweren COVID-Erkrankung extrem aggressiv. Es kam zu verletzenden Übergriffen. Es gibt aber weder einen Kinderpsychiater in Osttirol noch einen mobilen Begleitdienst für Jugendliche. Die Corona-Krise hat hier eine Versorgungslücke aufgezeigt.“

„Teilweise wurden psychiatrische Stationen geschlossen, um COVID-Betten zu schaffen. Das hat die sozialpsychiatrische Versorgung eingeschränkt. Stationär wurden Behandlungen verkürzt, um Ansteckung zu minimieren.“

„Es gab in den psychiatrischen Stationen mehr Zwangseinweisungen, weil sich durch den Wegfall der anderen Angebote, die Situation zuspitzte. Die damit verbundenen gerichtlichen Anhörungen mussten online stattfinden und verursachten bei vielen Betroffenen große Probleme. Die Patientenanwaltschaft konnte teilweise auch nicht auf die Stationen gehen.“

„Menschen mussten in dieser Zeit auf medizinische Maßnahmen verzichten. Eine Umfrage ergab, dass davon sehr oft Menschen mit Behinderungen betroffen waren.“

„Therapien wurden stark reduziert oder vollkommen eingestellt. Das führte bei vielen zu Einbußen von Fertigkeiten und Verschlechterungen der gesundheitlichen Situation.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Zum Unterschied von einigen Ländern Europas, blieb die medizinische Akutversorgung in Österreich aufrecht.

In vielen Ländern wurden Triage-Leitlinien veröffentlicht. Darin wird festgelegt, welche Personen bevorzugt medizinische Versorgung erhalten sollen und welche Personen bei medizinischen Engpässen keine Behandlung mehr erhalten. Menschen mit Behinderungen fallen dabei aus der medizinischen Versorgung heraus. Dies hat vielfach zu Verunsicherung und Angst geführt. Auch wenn in Österreich Maßnahmen zur Verhinderung einer Triage gesetzt werden und das medizinische Versorgungssystem noch nicht an diese Grenzen gestoßen ist, werden auch für unser Land berechtigterweise solche Leitlinien befürchtet. Hier wird auf die Erklärung des Weltärztebundes zur medizinischen Ethik im Katastrophenfall verwiesen, wonach bei der Auswahl der Patient_innen, die gerettet werden sollen, ausschließlich der medizinische Status und die Aussicht auf das Ansprechen auf die Behandlung Rücksicht genommen werden soll, ohne Erwägung anderer (nicht-medizinischer) Kriterien.

Tatsächlich ist es aber zu Engpässen in der medizinischen Versorgung gekommen. Dies hat Menschen mit Behinderungen überdurchschnittlich betroffen. Im stationären Bereich war die Hilfestellung durch Begleitpersonen bei erwachsenen Erkrankten verboten. Dies stellte eine große Herausforderung für die betroffenen Menschen mit Behinderungen und auch das ärztliche und Pflegepersonal dar. Diese Erfahrungen zeigen auf, wie wichtig die Schulung von medizinischem Personal bei der Kommunikation mit Menschen mit Behinderungen ist.

In der Corona-Krise wurden alle Menschen mit Behinderungen automatisch als Gefährder eingestuft, was bedeutet, sie sind eine Ansteckungsgefahr für andere Personen. Gleichzeitig waren aber auch alle Gefährdete, ohne Unterscheidung, ob die konkrete Person wirklich ein erhöhtes Ansteckungspotential hatte.

Allein die Einstufung als „Mensch mit Behinderung“ hatte die Folge der Einstufung als „Risiko“.

Hier wurde der stetige Kampf von Menschen mit Behinderungen, ihre konkrete Situation nach dem sozialen Modell zu beurteilen zunichte gemacht und vielmehr über alle, nach dem medizinischen Modell eine Entscheidung getroffen.

Die Strukturen der Psychosozialen Versorgung wurden massiv zurückgefahren, was zu einer zusätzlichen Belastung und Isolation bei den Betroffenen geführt hat. Gleichzeitig waren auch die Treffen in Selbsthilfegruppen nicht mehr möglich. Telefonische Unterstützungsangebote konnten nur von einem Teil der Betroffenen in Anspruch genommen werden. Gründe hierfür waren unter anderem mangelnde Unterstützung, fehlender Antrieb, unzureichende technische Ausstattung, unzureichende technische Kenntnisse, Barrieren durch Hörbeeinträchtigung.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

In Österreich erhielten bisher alle Menschen eine medizinische Behandlung.

Aber viele Behandlungen wurden wegen Corona verschoben.

Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Beeinträchtigungen waren besonders belastet. Es gab keine Treffen mehr in den Selbsthilfe-Gruppen. Viele Therapien wurden eingestellt oder es gab sie nur mehr über das Telefon oder Internet. Manche Menschen haben aber keine Möglichkeit, diese Geräte zu verwenden.

Therapien wurden eingestellt. Dadurch verschlechterte sich bei vielen der gesundheitliche Zustand. Operationen wurden verschoben.

Menschen mit Behinderungen haben auch vor einer Triage Angst. Das Wort Triage wird Triasch ausgesprochen. Das bedeutet, dass wenn viele Menschen schwer krank in den Kranken-Häusern sind, die Ärzte auswählen, wen sie behandeln. Menschen mit Behinderungen fallen da oft aus der Behandlung heraus. Bei dieser Auswahl darf man aber nicht auf eine Behinderung achten.

Bei einem Aufenthalt von Menschen mit Behinderungen
in Kranken-Häusern,
gab es immer wieder Verständigungs-Probleme.
Gehörlose Menschen konnten sich nicht verständigen.
Menschen mit Lern-Schwierigkeiten hatten auch Probleme,
weil Begleit-Personen bei Erwachsenen
im Kranken-Haus verboten waren.
Das zeigt, dass es sehr wichtig ist,
dass die Menschen im Kranken-Haus lernen müssen,
wie man sich mit Menschen mit Behinderungen
verständigt.

Information, Kommunikation:

Zitate:



Erfahrungsberichte:

„Es ist etwas anderes wenn Austausch stattfinden kann. Es ist eben etwas anderes, wenn du zu Hause sitzt und wir telefonieren oder wenn wir in einem Raum sitzen.“

„Für ältere Gehörlose war die soziale Distanz sehr schwierig. Informationen werden oft bei Senioren- und Vereinstreffen ausgetauscht. Diese Menschen haben oft kein Handy und kennen das Internet nicht. Auch in den Altersheimen waren die gehörlosen Menschen völlig isoliert.“

„Menschen mit Lernschwierigkeiten hatten oft keinen Kontakt mit anderen Menschen, da sie keinen Computer oder Handy haben. Oder sie kennen sich damit zu wenig aus. Viele waren sehr alleine.“

„Information war sehr wichtig, aber die Information im Fernsehen in Leichter Sprache dauerte oft nur 3 Minuten. In 3 Minuten kann man nicht viel erklären. Oft gab es nicht die Informationen, die man brauchte. Das führte zu Angst und Verunsicherung.“

„Es gibt wesentlich mehr schwerhörige als gehörlose Menschen in Österreich. Eine Untertitelung von Informationssendungen ist daher sehr wichtig. Diese muss ungekürzt, wortgleich und zeitnah sein.“

„Der Mundschutz ist für schwerhörige und gehörlose Menschen der reinste Horror. Wir sind auf das Mundbild angewiesen.“

„Bis heute gelingt es nicht, dass der ORF Tirol die Sendung „Bundesland heute“ mit Gebärdensprachdolmetscher_innen und Untertitel ausstrahlt. Hier werden wichtige Informationen für einen Teil der Tiroler Bevölkerung vollständig ausgeschlossen.“

„Durch die Isolation nahmen meine kommunikativen Fähigkeiten immer mehr ab. Sprechen wurde immer anstrengender und es gelang mir immer seltener zu formulieren, was ich dachte.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Die gesamte Corona-Krise wurde begleitet mit einer Flut von Informationen. Informationen über den Virus, die Auswirkungen und vor allem auch die Maßnahmen durch die Regierungen und Behörden.

Diese Informationen betrafen ALLE!

Deshalb ist es wichtig und eine Grundvoraussetzung, dass diese Informationen von allen verstanden werden.

Gerade in diesem Bereich wird klar, was umfassend barrierefrei bedeutet.

Um diese Barrieren bewältigen zu können, kam es zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Landes und der Servicestelle Gleichbehandlung und Antidiskriminierung, die aufgrund ihrer Arbeit mit dem Tiroler Monitoringausschuss, umfassendes Wissen über barrierefreie Kommunikation hat.

Gehörlose Menschen benötigen eine Übersetzung in Gebärdensprache.

Vielfach können diese Menschen die geschriebene Sprache nicht lesen.

Diese Übersetzung muss von geprüften Dolmetscher_innen geleistet werden.

Kinder und gehörlose Menschen mit Lernschwierigkeiten benötigen eine einfache Gebärdensprache (Deaf+).

Menschen mit Schwerhörigkeit und gehörlose Menschen mit der Fähigkeit, die gesprochene Schriftsprache lesen zu können, benötigen eine Untertitelung.

Diese Untertitelung muss zeitnah und übereinstimmend zur Information sein.

Gehörlose und schwerhörige Menschen waren vor allem durch den Mund-Nasenschutz sehr beeinträchtigt, da sie zum Verständnis des Gesprochenen, ein Mundbild benötigen.

Menschen mit Lernschwierigkeiten und auch Menschen mit eingeschränkten Sprachkenntnissen benötigen eine Übersetzung in Leichte Sprache.

Oftmals haben diese Menschen, und auch ältere Menschen, zu wenig Kenntnis über Bedienung von digitalen Geräten.

Sehbehinderte Menschen können keine Informationen in Zeitungen lesen. Diese Menschen brauchen gesprochene Informationen, oder Informationen, die barrierefrei über digitale Geräte vorgelesen werden können.

Allgemein waren die Informationen, egal ob für Menschen mit oder ohne Behinderungen, verwirrend. Es gab Informationen der Landesmedien und Informationen aus Bundesmedien, die einander auch widersprachen.

Gerade in Gemeinschaftstreffen werden Informationen ausgetauscht und besprochen. Diese Treffen waren in der Corona-Krise aber untersagt, weshalb hier eine wichtige Informationsquelle nicht mehr bestand.

Der Tiroler Monitoringausschuss hat sich schon vor Jahren für eine barrierefreie Information der Landessendung Tirol heute eingesetzt. Leider wurde das immer noch nicht umgesetzt.

Die Kommunikation über Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen muss gerade in den Medien diskriminierungsfrei und respektvoll sein. Sie dürfen nicht als

Bevölkerungsgruppe hingestellt werden, die aufgrund eines höheren Risikos „Verursacher“ der Corona-Maßnahmen sind. Es gilt, jegliche Form von Diskriminierung oder Schuldzuweisung zu vermeiden.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Während der Corona-Krise gab es viele Informationen.
Diese waren für alle Menschen wichtig.
Es gibt aber Menschen mit Behinderungen,
die bei diesen Informationen Unterstützung brauchen.
Gehörlose Menschen.
Schwerhörige Menschen.
Blinde Menschen.
Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Dazu braucht es
Gebärden-Sprach-Dolmetscher_innen,
Unter-Titelung,
Leichte Sprache,
gesprochene Sprache und
Texte am Computer.

Das heißt auch
umfassende barriere-freie Kommunikation.

Diese Informationen dürfen nicht einfach gekürzt werden.
Diese Informationen dürfen auch nicht erst viel später
übermittelt werden.

Vieles von dieser umfassenden barriere-freien
Kommunikation wurde während der Corona-Krise umgesetzt.
Aber es war noch zu wenig und
diese Kommunikations-Form muss nach der Corona-Krise
fortgeführt werden.

Der Mund-Schutz war für viele Menschen mit einer
Hör-Behinderung ein großes Problem.
Bei der Gebärden-Sprache und auch für
schwerhörige Menschen ist es sehr wichtig,
auf den Mund des Sprechenden zu sehen.

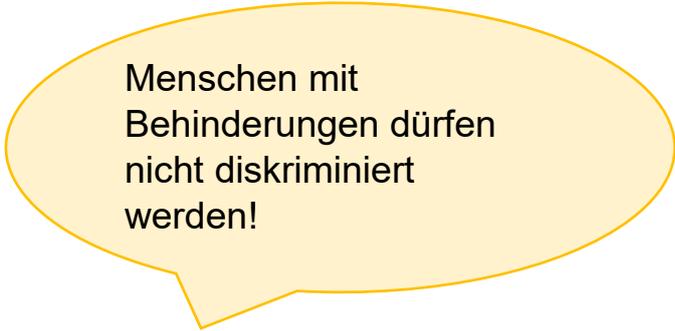
Lange Zeit schon wünschen sich Menschen mit Behinderungen eine barrierefreie Landes-Sendung Tirol heute im ORF. Diese Forderung hat auch der Tiroler Monitoring-Ausschuss vor einiger Zeit an den ORF gestellt.

Es gab Informationen von Medien des Landes und es gab Informationen von Medien des Bundes. Diese waren auch immer wieder unterschiedlich. Das war sehr verwirrend.

Es ist auch wichtig, dass man während der Corona-Krise respektvoll mit Menschen mit Behinderungen umgeht. Menschen mit Behinderungen wurden als „Risiko-Gruppe“ bezeichnet. Sie sind aber keine Verursacher der Corona-Krise und dürfen nicht so behandelt werden.

Unterstützungsleistungen:

Zitate:



Menschen mit
Behinderungen dürfen
nicht diskriminiert
werden!

Erfahrungsberichte:

„Bei der Telefonseelsorge stiegen die Zahlen der Hilfesuchenden enorm. Die Mail- und Chatberatung wurde von 2 auf 8 Stunden täglich ausgebaut. Einsamkeit und psychische Probleme sind große Themen. Dazu kommen noch Existenzängste.“

„Für die hörenden Menschen gibt es zahlreiche Telefonnummern, um sich Hilfe zu holen. Diese Nummern stehen gehörlosen Menschen nur zur Verfügung, wenn eine Dolmetschung mit Videotelefonie möglich ist. Das ist aber sehr kompliziert und nicht niederschwellig.“

„Die Klient_innen die bereits bei mir in Therapie sind oder einen Modellplatz haben werden natürlich finanziert, aber nicht jene die im Bedarf jetzt anrufen.“

„Eine Folge der Krise ist, dass Menschen mit Behinderungen schnell wieder in ihre Sondereinrichtungen und Sonderbehandlungen gesteckt wurden. Das heißt, dass Inklusion extrem gefährdet ist.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Im März 2020 wurde seitens des Landes Tirol eine Corona-Sorgen-Hotline eingerichtet. Es standen Psycholog_innen und Psychotherapeut_innen der Tiroler Bevölkerung für ihre Sorgen zur Verfügung. Diese telefonische Beratung wurde gut angenommen. Da telefonische Leistungen für gehörlose Menschen nicht zur Verfügung stehen, wurde auch für diese Personengruppe eine Beratungsmöglichkeit durch eine Psychotherapeutin mit Gebärdensprachausbildung angeboten.

Da in der Krisenzeit keine Diabetesschulungen für Zuckerkrankte und deren Angehörige angeboten werden konnten, wurde eine Beratung über Telefon und E-Mail angeboten. Dies führte zu einer Entlastung von Ärzt_innen und Ambulanzen.

In Krisenzeiten muss sichergestellt sein, dass isolierte Menschen nicht ohne wesentliche Güter, Unterstützung und Kontakte bleiben. Hierzu hat es eine Reihe von organisierten und privaten Initiativen gegeben. Die Stärkung der Nachbarschaftshilfe ist ein wesentlicher Faktor für das gesellschaftliche Miteinander. Sie darf jedoch nicht die fehlenden staatlichen Aufgaben übernehmen oder gar ersetzen. Vor allem Menschen mit Behinderungen sind oft existentiell auf solche

Leistungen angewiesen. Hier benötigt es eine staatliche Sicherstellung, dass diese Menschen vordringlich mit Gütern und Hilfsleistungen versorgt werden.

Vielfach wurde kritisiert, dass die Ansuchen um staatliche Hilfen viel zu bürokratisch waren. Der Zugang zu Unterstützungsleistungen muss für die Menschen mit Behinderungen sichtbarer werden, dabei ist auf die unterschiedlichen Kommunikationsformen Bedacht zu nehmen.

Die angebotenen Unterstützungsleistungen müssen auch bedarfsgerecht sein.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Es wurden während der Corona-Krise viele Hilfs- und Unterstützungs-Angebote eingerichtet.

Psychologische Beratung und Betreuung,
Schulungen für Zucker-Kranke,
Versorgung mit wesentlichen Gütern,
Kontakt-Angebote und
Stärkung der Nachbarschafts-Hilfe.

Das Land Tirol hat auch eine Corona-Sorgen-Hotline eingerichtet. Dort haben viele Menschen angerufen.

Doch Menschen mit einer Hör-Behinderung können nicht telefonieren.

Deshalb gab es auch eine Beratungs-Möglichkeit durch eine Psycho-Therapeutin mit Gebärden-Sprach-Ausbildung.

Der Staat hat auch Hilfen und Unterstützungen für die Menschen angeboten.

Diese Angebote müssen aber sichtbarer werden.

Und diese Angebote muss man leicht beantragen können.

Katastrophenschutzmaßnahmen:

Zitate:

Wie kann ich Hotlines anrufen? Ich kann nicht telefonieren!

„Nein, wir werden nicht selbstverständlich mitgedacht! Das Menschenrecht auf Teilhabe wird in Akutsituationen schnell verdrängt.“

„Ich glaube, die Corona-Krise hat zu Tage gebracht, wo es seit Jahren Defizite gibt!“

Erfahrungsberichte:

„Die Maßnahmen wurden in einer Flut von nicht untertitelten Pressekonferenzen verordnet. Ich habe den Überblick verloren, was ich überhaupt noch tun durfte. Das war sehr schwer.“

„Verdachtsfälle unter Mitarbeiter_innen in Behinderteneinrichtungen wurden von der Hotline 1450 mit der Begründung abgewiesen, dass keine vorrangige Testung für diese Personengruppe vorgesehen sei. Dabei wird außer Acht gelassen, dass bei einer Ansteckung ganze Betreuungssysteme kippen können.“

„Es ist eigentlich immer so, dass das Thema Behinderung ein Randthema ist. Im Zuge dieser Krise wird alles was vorher schon da war, noch viel deutlicher.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Corona verursachte eine Krise – weltweit.

Alle Regierungen und Organisationen waren gefordert, mit Maßnahmen darauf zu reagieren. Dazu wurden eigene Krisenstäbe eingerichtet.

Grundsätzlich bestehen in jedem Land, in allen Gemeinden und Bezirken Krisen- und Katastrophenpläne, worin auch Hilfe für Menschen mit Behinderungen enthalten sind. Doch jede Krise und Katastrophe hat ihre eigenen Auswirkungen und so ein Ereignis wie die Corona-Krise hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben.

Deshalb wurde schnell festgestellt, dass bestehende Krisen- und Katastrophenpläne nicht ausreichend sind und auch die technischen Möglichkeiten nicht berücksichtigen.

Artikel 11 der UN-BRK weist die Länder auf Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen hin. Diese wurden bislang unzureichend umgesetzt.

Menschen mit Behinderungen haben vor allem kritisiert, dass sie in den meisten Krisenstäben nicht vertreten waren. Ein diesbezüglich rasch gestellter parlamentarischer Antrag wurde abgelehnt. Dies zeigte auch auf, dass Menschen mit

Behinderungen, auch außerhalb von Krisenstäben, viel zu wenig in politischen Entscheidungsgremien vertreten sind.

Es wurde vielmehr berichtet, dass Organisationen ihre Informationen und Empfehlungen an die Krisenstäbe weitergegeben haben. Dies erfolgte auch unter dem Gesichtspunkt, dass sich die Organisationen über ihr eigenes Handeln absichern wollten, da zu vielen Bereichen keine oder unklare Vorgaben vorlagen.

Der Behindertenanwalt der Volksanwaltschaft in Tirol weist darauf hin, dass das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz eine Broschüre mit Empfehlungen zu COVID-19 Schutzmaßnahmen in teil-/stationären Einrichtungen herausgegeben hat, welche eine Miteinbeziehung von Menschen mit Behinderungen überhaupt nicht vorgesehen hat. Die alleinige Entscheidungskompetenz soll bei den Einrichtungsträgern liegen. Menschen überhaupt kein Mitentscheidungsrecht bei der persönlichen Lebensgestaltung einzuräumen, entspricht nicht den Vorgaben der UN-BRK.

Die Katastrophenhilfe richtet sich an hilfsbedürftige Menschen in außerordentlichen Situationen, in denen die Behörden ermächtigt werden, auch außerordentliche Maßnahmen zu setzen, die zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere auch behinderter Menschen erforderlich sind.

Diese außerordentlichen Maßnahmen sind jedoch immer unter der Prämisse der Verhältnismäßigkeit und des gelindesten Mittels zu sehen. Dabei sind auch Grund- und Menschenrechte zu beachten und ermächtigen keinesfalls zu willkürlichem, überzogenem und diskriminierendem Handeln.

In diesem Sinne richtet sich die Kritik nicht an notweniges Handeln.

Vielmehr müssen Veränderungen durch rechtliche Grundlagen, wie hier die UN-BRK, technische Möglichkeiten, wie zum Beispiel im digitalen Bereich, und der gesellschaftliche Wandel, wie zum Beispiel Begriffe wie Teilhabe, Partizipation und Inklusion berücksichtigt werden.

Auch wenn die Umsetzung der Katastrophenhilfe in Tirol vorsieht, dass in Gefahrensituationen und sonstigen Notlagen nicht zwischen Menschen mit und ohne Behinderung unterschieden wird und die konkrete Hilfeleistung abhängig von den Bedürfnissen geleistet wird, braucht es eine kritische Analyse und Überarbeitung dieser Pläne.

Notrufsysteme müssen jedenfalls umfassend barrierefrei zugänglich sein. Diesbezüglich wird der Tiroler Monitoringausschuss mit den Verantwortlichen der Landeswarnzentrale eine Umsetzung erarbeiten.

Jedenfalls müssen die Corona-Krise, die getroffenen Maßnahmen und die Auswirkungen eingehend wissenschaftlich untersucht und analysiert werden. Die Ergebnisse müssen veröffentlicht und allen Verantwortlichen in allen Lebensbereichen zur Veranlassung der erforderlichen Maßnahmen im Falle weiterer Krisen und Katastrophen übermittelt werden. Die Umsetzung muss überprüft werden.

Weiters sollten Menschen mit Behinderungen schon bei der Entwicklung und Evaluierung von Krisen- und Notfallplänen verbindlich mit einbezogen werden. Dies sollte auch in den jeweiligen Gesetzen verankert werden.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

In allen Ländern gibt es Pläne bei Katastrophen.

Doch niemand war auf eine so große Krise, wie durch Corona vorbereitet.

Deshalb sind die bestehenden Pläne veraltet. Sie waren in dieser Krise nicht gut.

In der UN-BRK steht, dass die Länder in Krisen und Katastrophen auf Menschen mit Behinderungen und ihre Rechte Rücksicht nehmen müssen. Das hat nicht so gut geklappt.

Es gab Krisen-Stäbe. Doch fast nirgendwo waren Menschen mit Behinderungen in diesen Krisen-Stäben als Expert_innen dabei. Das widerspricht der UN-BRK.

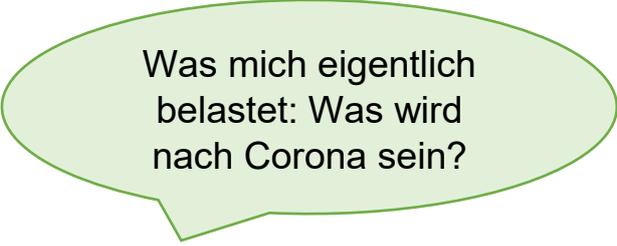
Maßnahmen dürfen nur so streng sein, wie es in der Krise oder Katastrophe unbedingt sein muss. Dafür braucht es rechtliche Grundlagen. Und Menschen mit Behinderungen müssen bei diesen Maßnahmen mitsprechen dürfen.

Darüber müssen die Verantwortlichen noch viel reden und auch noch viel verändern und verbessern.

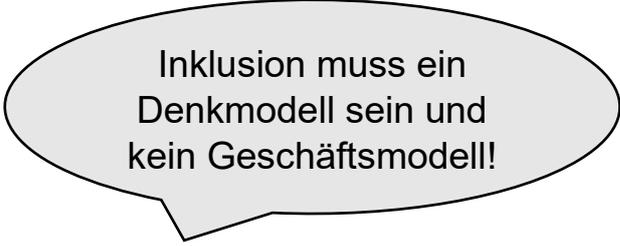
Während der Corona-Krise wurde vereinbart, dass die Notruf-Systeme barriere-frei werden sollen.

Verwaltung:

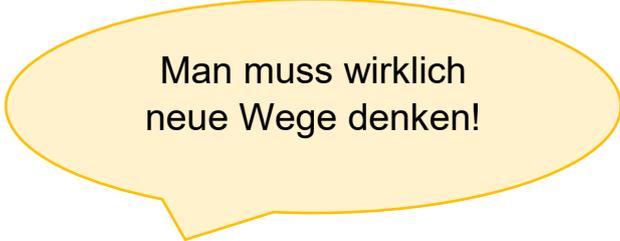
Zitate:



Was mich eigentlich belastet: Was wird nach Corona sein?



Inklusion muss ein Denkmodell sein und kein Geschäftsmodell!



Man muss wirklich neue Wege denken!

„Die Regierung soll sich doch bitte endlich entscheiden, ob sie offen oder zu lassen, damit ich mich endlich auskenne!“

„Die COVID-Krise beweist einmal mehr, dass Menschen mit Behinderungen nach wie vor eine Randgruppe unserer Gesellschaft sind und auch als solche (nicht) wahrgenommen werden.“

„Ein Problem hat sich gezeigt, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen, insbesondere die UN-BRK, wenig Stellenwert hat.“

„Auffallend ist, dass zwar Menschen mit Behinderungen unter dem Begriff „Risikogruppe“ einbezogen werden, aber die besonderen Herausforderungen werden in den von der Politik kommunizierten Maßnahmen kaum berücksichtigt.“

„Ich war der Überzeugung, dass Freiheits- und Menschenrechte ein Tabu und daher indiskutabel sind. Aber dem scheint nicht so zu sein, wie uns die Politik in den letzten Wochen gezeigt hat. Da frage ich mich schon: Wo ist da die Grenze?“

„Was wird nach Corona sein? Und wann ist nach Corona? In Wochen, in Monaten oder in Jahren?“

Erfahrungsberichte:

„Behinderte Menschen durften nicht einmal einkaufen oder spazieren gehen, was Nichtbehinderten sehr wohl erlaubt war. Wie geht die Politik mit den Pflichten gegenüber behinderten Menschen um? Was ist mit den Rechten von Menschen mit Behinderungen? Die Politik muss diese Rechte ernst nehmen und in die Tat umsetzen.“

„Menschen mit Lernschwierigkeiten haben in der Politik kaum Beachtung gefunden. Sie wurden auch nicht in die Krisenstäbe miteinbezogen. Die Corona-Krise bietet die Möglichkeit, aus den gemachten Fehlern zu lernen und in zukünftigen Krisen diese Fehler zu vermeiden.“

Stellungnahme des Tiroler Monitoringausschusses:

Vielfach wurde und wird von den Menschen mit Behinderungen auf die Verletzung ihrer Menschenrechte durch die Maßnahmen der Regierung und der Verwaltung hingewiesen.

Wo dies jedenfalls erfolgte, ist bei den Quarantäneanweisungen in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und in Alten- und Pflegeheimen. Gemäß den Bestimmungen des Epidemiegesetzes kann über erkrankte oder krankheits- und ansteckungsverdächtige Personen nur von der regionalen Gesundheitsbehörde eine Quarantäne mit Bescheid angeordnet werden.

Darüber hinaus gibt es noch freiheitsbeschränkende Bestimmungen im Heimaufenthaltsgesetz. Jedenfalls muss aber über solche Maßnahmen eine Meldung erfolgen.

Die OPCAT-Kommission hat festgestellt, dass die regionalen Gesundheitsbehörden keine Bescheide ausgestellt hatten, sondern diese Entscheidungskompetenz einfach den Einrichtungen mit Empfehlungen und Anregungen übertragen hat.

Weiters vertritt die OPCAT-Kommission die Ansicht, dass nach der österreichischen Rechtsordnung freiheitsbeschränkende Maßnahmen immer nur gegenüber jenen Personen verhängt werden können, von denen eine Gefahr für andere ausgeht. Dieser Grundsatz gilt auch für das Epidemiegesetz. Quarantäne darf nur über Personen ausgesprochen werden, von denen eine Ansteckungsgefahr ausgeht. Das diese Maßnahme über gefährdete Personen verhängt wird ist aus Sicht des Grundrechtsschutzes nicht zulässig. Das veraltete Epidemiegesetz muss daher überarbeitet und ein Rechtsschutzinstrument eingeführt werden.

Die erlassenen Verordnungen waren nicht nur zum Teil gesetzeswidrig, sie waren auch für viele Expert_innen widersprüchlich, unverständlich und mangelhaft. Aus diesem Grund konnten auch oft keine klaren Informationen an Betroffene oder Dienstleister weitergegeben werden, was zu einer massiven Verunsicherung und Verängstigung führte.

Für die Politik gibt es aus der Krise einiges zu lernen. Keinesfalls kann nach der Krise einfach in den Modus vor der Krise übergegangen werden. Die Erfahrungen und Rückschlüsse müssen in einem partizipativ analysiert und aufgearbeitet werden.

Dazu zählen:

- Berücksichtigung des Art. 11 UN-BRK beim Thema Krisenmanagement.
- Erhebungen und Analysen rund um die Corona-Krise und deren Auswirkungen.
- Aufarbeitung der Auswirkungen hinsichtlich Inklusion und Exklusion.
- Menschen mit Behinderungen müssen partizipativ in allen Lebensbereichen einbezogen werden!
- Großeinrichtungen und Institutionen waren in der Corona-Krise besonders gefährdet. Es muss konsequent deinstitutionalisiert werden!
- Viele Leistungen der Behindertenhilfe wurden eingestellt. Es braucht neue Angebote der Behindertenhilfe!
- Inklusion muss ein politisches Projekt sein. Es geht um die Frage, wie wir trotz Unterschiedlichkeiten miteinander leben wollen.

Eine große Befürchtung unter den Menschen mit Behinderungen besteht darin, dass die Rückschritte während der Corona-Krise, nach der Krise nicht wieder behoben werden. Weiters wird befürchtet, dass der Staat aufgrund der großen finanziellen Belastung kein Geld mehr für die Umsetzung der UN-BRK in der Behindertenhilfe hat und es allenfalls sogar zu Verschlechterungen kommen könnte. In den Gesundheits- und Sozialfürsorgesystemen darf es aber keinesfalls Einsparungen geben.

Die Erfahrungen aus der Corona-Krise müssen jedenfalls im Nationalen Aktionsplan und den Aktionsplänen der Länder einfließen.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Die Regierung hatte es in dieser Corona-Krise nicht einfach.

Es ist einfach später zu sagen,
was nicht richtig war.

Aber genau das muss passieren.

Vielfach wurden die Rechte
von Menschen mit Behinderungen verletzt.

Es gab freiheits-beschränkende Maßnahmen,
die nicht richtig und gut waren.

Es gab Gesetze und Verordnungen,
bei denen sich niemand mehr auskannte.

Es gab keine klaren Informationen.

Viele Menschen mit Behinderungen waren
verunsichert und verängstigt.

Die Politik muss aus dieser Krise viel lernen!

Es müssen viele Untersuchungen gemacht werden,
was richtig und was falsch war.

Die Menschen haben auch Angst,
dass der Staat nach der Krise viel Geld sparen muss.

Die Menschen mit Behinderungen haben Angst,
dass bei ihnen gespart wird.

Doch es darf nicht bei den Menschen gespart werden,
für die Unterstützung lebens-wichtig ist.

Positive Maßnahmen aus der Corona-Krise

Neben vieler berechtigter Kritik, bietet die Corona-Krise auch Chancen zu positiven Veränderungen. Aus einer Notwendigkeit heraus, oder da erste Analysen bereits Wirkung gezeigt haben, wurden neue Maßnahmen umgesetzt.

Einige wichtige darunter, stellen wir hier vor.

Kommunikation:

Aufgrund der schnellen Rückmeldung der Menschen mit Hörbeeinträchtigungen und der intensiven Zusammenarbeit mit der Servicestelle Gleichbehandlung und Antidiskriminierung, stellte die Öffentlichkeitsabteilung des Landes die Mitteilungen des Landes auf barrierefreie Kommunikation um. Seit Beginn der Corona-Krise gab es bis zum 9.12.2020 über

- 50 Live-Presskonferenzen und 12 Ansprachen des Landeshauptmannes mit Übersetzungen durch Gebärdensprach-Dolmetscher_innen
- Seit April 40 Übersetzungen von Presskonferenzen durch Schriftdolmetscher_innen
- Informationen in Leichter Sprache und 4 Seiten in Leichter Sprache in der Landeszeitung
- 4 Videos in Gebärdensprache zu den Themen:
 - Allgemeine Informationen
 - Ablauf der Testungen
 - Fragen zum Testlokal
 - Rundgang Testlokal
- Auflistung der Testlokale neben einer interaktiven Karte auch als Listenansicht für Screenreader-Benutzer_innen

Einige Abgeordnete zum Tiroler Landtag haben die Notwendigkeit von verständlicher Kommunikation erkannt und einen Antrag auf ein zusätzliches Informationsangebot in Leichter Sprache in der Tiroler Landeszeitung gestellt. Dieser Antrag wurde vom Tiroler Landtag angenommen.

Befragung:

Die Abteilung Soziales hat umgehend eine Befragung unter 123 Menschen mit Behinderungen durchgeführt. Diese Befragung durchaus kritisch zu bewerten ist, da sie nur Menschen mit Mobiler Begleitung oder in Tagesstrukturen betraf. Es wurden weder gehörlose Menschen, Menschen in Wohneinrichtungen oder Menschen, die selbst nicht telefonieren können, berücksichtigt. Außerdem wurde sie vom Kostenträger durchgeführt und nicht von einer unabhängigen Stelle.

Trotzdem kam unter den Befragten ein erstes Stimmungsbild hervor:

- Die Leistungen Tagesstruktur und Mobile Begleitung wurden während der Corona-Krise im Frühjahr 2020 teilweise gar nicht oder nur reduziert angeboten.
- Manche hatten den Lock-down positiv erlebt, da sie mehr Zeit für sich oder die Familie hatten.
- Einige Betroffene und Angehörige fühlten sich im Stich gelassen. Für sie waren die Leistungseinschränkungen sehr belastend.

Aus der Kritik wurden Maßnahmen getroffen.

Es wurde versucht, in Einzelfällen gute Lösungen zu finden.

Es wurden auf die Homepage der Abteilung Soziales Informationen in Leichter Sprache gestellt.

Es gibt eine Telefonberatung für Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Eine weitere Maßnahme war auch die Installierung eines Corona-Gremiums:

Corona-Gremium:

Im Mai 2020 wurde von der Abteilung Soziales mit den Dienstleistern die „AG Covid-19“ gegründet. In diesem Gremium sollten die Erfahrungen aus dem Frühjahr aufgearbeitet werden, um sich bestmöglich auf die Herausforderungen im Herbst vorzubereiten.

Aus dieser Arbeitsgruppe ist dann im September das „Krisengremium Covid 19 Behindertenhilfe“ entstanden und durch die Nutzer_innenvertretung, Angehörigenvertretung und jene Dienstleister, die nicht der argeSODIT angehören, ergänzt. In diesen Sitzungen werden aktuelle Fragen und Anliegen der Systempartner besprochen und Lösungen bearbeitet.

Zusammenfassung in Leichter Sprache:

Durch die Corona Krise gab es auch positive Veränderungen.

Das Land Tirol hat ganz viele Informationen barriere-frei veröffentlicht.

Es gab viele Informationen mit Gebärde-Sprach-Dolmetscher_innen, in Leichter Sprache, mit Untertiteln und Informationen für Menschen mit Sehbeeinträchtigung. Auch in der Tiroler Landes-Zeitung werden in Zukunft Informationen in Leichter Sprache geschrieben.

Die Abteilung Soziales hat schon im 1. Lock-down eine Befragung unter 123 Menschen mit Behinderungen gemacht.

Es gab unterschiedliche Antworten.

Manche Menschen fühlten sich allein gelassen.

Einige Menschen erhielten keine Leistungen mehr.

Manchen Menschen ging es gut, da sie mehr Zeit für sich und ihre Familien hatten.

Der Tiroler Monitoring-Ausschuss findet die schnelle Befragung gut.

Der Tiroler Monitoring-Ausschuss kritisiert aber, dass nur Menschen mit Mobiler Begleitung oder in Tagesstrukturen befragt wurden.

Es wurden weder Menschen in Wohn-Strukturen, noch gehörlose Menschen, noch Menschen, die nicht telefonieren können, befragt.

Die Abteilung Soziales hat auch eine Arbeits-Gruppe eingerichtet.

In dieser Arbeits-Gruppe sind alle Dienst-Leister, die Nutzer_innen-Vertretung und die Angehörigen-Vertretung. Dort werden Themen zur Corona-Krise besprochen und nach Lösungen gesucht.

Es gibt in der Abteilung Soziales auch eine Telefon-Beratung und eine Internet-Seite in LL für Menschen mit Behinderungen.

Forderungen

Der Tiroler Monitoring-Ausschuss setzt sich sehr für die Menschen mit Behinderungen ein. Der Ausschuss hat sich die Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen in dieser Krise angehört. Es muss vieles verändert und verbessert werden.

Deswegen hat der Tiroler Monitoring-Ausschuss Forderungen aufgestellt.

Wir wollen uns weitere Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen anhören. Wir wollen aber auch die Erfahrungen von Verantwortlichen anhören.

Die Forderungen richten sich an viele verschiedene Stellen. Einige Forderungen richten sich an die Regierungen des Landes und an die Regierungen des Bundes.

Gesetze und Verordnungen müssen überarbeitet werden.

Gemeinden müssen aktiv werden.

Wissenschaftler müssen forschen und untersuchen.

Dienst-Leister müssen ihr Verhalten während der Corona-Krise untersuchen. Sie müssen sich besser vorbereiten, wenn wieder einmal eine Krise kommt.

Menschen mit Behinderungen müssen weiter aktiv bleiben. Sie müssen aufzeigen, was nicht gut gelaufen ist. Sie müssen aber auch aufzeigen, welche Veränderungen gut waren. Sie müssen aufzeigen,

in welchen Rechten sie verletzt wurden.
Sie müssen darauf hinweisen,
dass es zu keinen Verschlechterungen
nach der Corona-Krise kommen darf.

Wir wollen unsere Forderungen den
Verantwortlichen übergeben.

Forderungen in Schwerer Sprache:

Alltag:

- Menschen mit Behinderungen dürfen nicht automatisch als Risikogruppe behandelt werden, die mit höheren Sicherheitsauflagen in ihren Freiheiten eingeschränkt wird.
- Kein „Einsperren“ und „Wegsperren“ von Menschen mit Behinderungen.
- Aufrechterhaltung von Kontakt von Menschen mit Behinderungen zu ihrem sozialen Umfeld als Schutz vor Vereinsamung.
- Aufrechterhaltung von Kontaktmöglichkeiten vor allem für Menschen mit psychischen Erkrankungen.
- Es braucht ein gutes Netzwerk für Betroffene und Angehörige. Es soll eine Netzwerkkarte erstellt und an wichtigen Stellen aufgelegt werden.
- Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Unterstützungen fürs Internet und technische Kommunikationsgeräte.
- Aufrechterhaltung der Transport-Mobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in Krisensituationen.
- Aufrechterhaltung der Persönlichen Assistenz.
- Für Assistenzpersonen der Persönlichen Assistenz muss es wie beim stationären Personal regelmäßige Testungen geben.
- Nicht nur Beachtung von Einrichtungen, sondern auch von Menschen mit Behinderungen mit Persönlicher Assistenz oder Versorgung durch Angehörige. Persönliche Assistent_innen, mobile Begleiter_innen und Angehörige von Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zu ausreichender Schutzausrüstung haben.
- Installierung eines flächendeckenden Care- und Case-Managements mit ausreichendem Personal.
- Aufrechterhaltung (Ausbau) der mobilen Dienste im Krisenfall.
- Entlastung von Frauen, die in der Krisensituation die Hauptlast von Mehrfachbelastungen zu tragen hatten.
- Unterstützungsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderungen.
- Niederschwellige Gesprächsmöglichkeiten für Angehörige von Menschen mit Behinderungen aufgrund der enormen Mehrbelastung.
- Strukturierte Begleitung aus Krisensituationen heraus; die Rückkehr in den Alltag muss begleitet werden.

Bildung:

- Barrierefreies E-Learning.
- Bessere Kommunikation und Zusammenarbeit von Schulen mit Eltern.
- Geeignete Unterrichtsformen und pädagogische Angebote für Kinder, die am E-Learning nicht teilnehmen können.
- Die schulische Betreuung muss für alle Kinder in gleicher Weise ermöglicht werden. Barrierefreie Unterrichtsmaterialien für Kinder, die im Home-schooling aufgrund ihrer Behinderung nicht teilnehmen können.
- Kein Ausschluss von Kindern mit SPF aus dem Unterricht.
- Fernarbeit oder Bildungsdienste müssen für Mitarbeiter_innen und Studierende mit Behinderungen gleichermaßen zugänglich sein.

Arbeit:

- Auf Menschen mit Behinderungen wird in der Corona-Krise vermehrt Druck und Stress ausgeübt. Das muss vermieden werden.
- Mehr Support für Firmen und Betroffene während der Krise.
- Kündigungsschutz für Menschen mit Behinderungen in Krisensituationen.
- Rechtliche Absicherung der Arbeit von Freiwilligen/Zivildienern/Ehrenamtlichen mit Menschen mit Behinderungen in Krisenzeiten.
- Arbeitsrechtliche Absicherung von pflegenden Angehörigen ohne Angst vor Arbeitsplatzverlust.
- Arbeitsrechtliche Sicherstellung eines bedarfsgerechten Pflegeurlaubs.
- Verstärkte Berufsintegrationsmaßnahmen während und nach einer Krisensituation.

Einrichtungen:

- Die Regeln und Einschränkungen in Einrichtungen waren viel strenger als für die restliche Bevölkerung. Es darf zu keiner Ungleichbehandlung kommen.
- Es braucht Konzepte zum Offenhalten der Einrichtungen. Strukturen sind für die Betroffenen wichtig.
- Einrichtungen müssen die Angst der Menschen respektieren.
- Menschen in Einrichtungen haben das Recht, alleine zu telefonieren.
- Menschen aus Einrichtungen soll es möglich sein, die Einrichtung mit Maske und Abstand verlassen zu dürfen.
- Wohnstrukturen müssen geöffnet bleiben und dürfen nicht isoliert werden.
- Bei notwendiger Isolation muss eine Kontaktmöglichkeit zu den Angehörigen gewährleistet werden.
- Ausreichende Ausstattung mit hygienevorschriftlichem Arbeitsmaterialien, welche örtlich schnell zur Verfügung stehen.
- Das Personal muss regelmäßig getestet werden.
- Ausreichende Schutzmaterialien für Behinderteneinrichtungen.
- Vermeidung der ersatzlosen Schließung von Tagesstätten.

- Fortführung von Therapien, allenfalls mobil. Fortführung der nicht in Anspruch genommenen Therapien über den bewilligten Zeitraum hinaus, ohne neuerliche Antragstellung.
- Rechtliche Absicherung der Leistungspflicht von sozialen Dienstleistern in Krisensituationen.
- Nach Schließung von Werkstätten sind bei einigen Menschen mit Behinderungen weniger Stresssymptome aufgetreten. Viele entwickelten eine Eigenkreativität. Dies lässt die Sinnhaftigkeit von Werkstätten hinterfragen.

Gesundheit:

- Uneingeschränkte medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen, allenfalls auch mobil. Besondere Betreuungsstrukturen bei stationären Aufenthalten in Krankenhäusern.
- Barrierefreie Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen zur Bewältigung der psychischen Belastung.
- Anonyme, kostenlose und niederschwellige trialogische Beratungsstellen müssen finanziert werden.
- Im medizinischen Bereich darf es zu keiner Auswahl von Menschen kommen, die gerettet werden sollen, die außerhalb von rein medizinischen Aspekten steht. Es darf keine Auswahlkriterien wie Alter, Geschlecht, soziale oder ethnische Zugehörigkeit, Behinderung usw. geben.
- Das medizinische Schlüsselpersonal muss hinsichtlich der Kommunikation mit Menschen mit Behinderungen und diskriminierungsfreier Behandlung geschult werden.

Information, Kommunikation:

- Fortlaufende, barrierefreie Informationen über Maßnahmen.
- Untertitelung von Informationssendungen.
- Neue Kommunikationsformen in den Medien für Menschen mit Behinderungen.
- Einige Menschen mit Behinderungen sind nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse auszudrücken. Sie brauchen spezielle Kommunikationsformen.
- Informationen muss es auch in Leichter Sprache geben.
- Informationen müssen über alle Medienkanäle und auf allen Plattformen verfügbar sein.
- Öffentliche Informationen müssen live und wortgenau untertitelt und die Texte unmittelbar nach der Sendung veröffentlicht werden.
- Übersetzungen müssen durch geprüfte, professionelle Gebärdensprachdolmetscher_innen erfolgen.
- Gebärdensprachdolmetscher_innen müssen körperlich anwesend sein und neben den Redner_innen vor der Kamera sichtbar sein.
- Vor der Entwicklung von Videos soll die Expertise und Anleitung von nationalen Gehörlosenverbänden eingeholt werden.
- Videos sollen zusätzlich untertitelt werden.

- Gehörlose Menschen mit Lernschwierigkeiten und gehörlose Kinder benötigen bildhafte Gebärden (Deaf+).
- Notrufnummern müssen barrierefrei vollständig zugänglich sein, einschließlich von Relaysdiensten für gehörlose und schwerhörige Menschen.
- Corona-Hotline 1450 muss mit Anliegen von Menschen mit Behinderungen vertraut sein.
- Hygienematerialien und Sterilisatoren müssen für Menschen mit Behinderungen gleichermaßen verfügbar und zugänglich sein. Eine entsprechende barrierefreie Information muss vorhanden sein.
- Die Landessendung von ORF Tirol ist eine wichtige Informationssendung für die Tiroler Bevölkerung und muss ständig in Gebärdensprache und mit Untertiteln und in einfacher Sprache ausgestrahlt werden.
- Die Medien sollen mit Katastrophen sensibel umgehen.

Unterstützungsleistungen:

- Weniger Bürokratie bei Hilfestellungen.
- Die Hilfsangebote müssen sichtbarer und erreichbarer werden.
- Die Unterstützungsangebote müssen zu den Bedürfnissen passen.
- Menschen mit Behinderungen brauchen ausreichend finanzielle Maßnahmen und Unterstützungen.
- Es muss sichergestellt sein, dass „isolierte“ Menschen nicht ohne wesentliche Güter, Unterstützung und menschliche Kontakte bleiben.
Es müssen finanzielle Mittel und praktische Lösungen zur Verfügung stehen.

Katastrophenschutzmaßnahmen:

- Es müssen Maßnahmen gesetzt werden, die das soziale Miteinander stärken.
- Die Corona-Krise hat strukturelle und gesellschaftliche Defizite ans Tageslicht gebracht. Es muss an diesem Problem außerhalb von Krisen gearbeitet werden.
- Die Auswirkungen und Entwicklungen nach der Corona-Krise müssen weiterführend wissenschaftlich untersucht werden.
- Errichtung eines barrierefreien Alarmsystems bei Notfällen für Menschen mit einer Hör- oder Sprachbeeinträchtigung an die Einsatzzentrale.
- Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in Krisenstäben.
- Erstellung von Maßnahmenkatalogen in Katastrophenfällen für Menschen in Wohn- und Betreuungseinrichtungen der Behindertenhilfe und Alten- und Pflegebetreuung.

Verwaltung:

- Behörden sollten für Behindertendienste zugängliche Hotlines einrichten.
- Ämter und Behörden müssen barrierefrei sein.
- Unterstützung der Organisationen und Einrichtungen durch die Landesregierungen.
- Es muss eine Politik des Miteinanders geführt werden.
- Nach einer Krisensituation dürfen nicht Rückschritte erfolgen, da zum Beispiel Einsparungen gemacht werden müssen oder Strukturen nicht mehr vorhanden sind.
- Errichtung einer Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Corona-Krise und deren Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen.
- Zwischenevaluation der Aktionspläne, da aufgrund der finanziellen Belastung von Ländern und Bund, Maßnahmen der Behindertenhilfe möglicherweise zurückgestellt werden.
- Partizipative Erstellung neuer Krisenpläne unter Einbeziehung der Erfahrungs- und Forschungsberichte.
- Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Corona-Krise.
- Gesundheits- und Sozialfürsorgesysteme müssen ausreichend finanziert sein.
- Berücksichtigung von Krisen im NAP 2022-2030 und im Tiroler Aktionsplan hinsichtlich des Krisenmanagements.

Forderungen in Leichter Sprache:

Alltag:

- Menschen mit Behinderungen dürfen nicht so behandelt werden, als ob sie immer eine Risiko-Gruppe sind.
Unter Menschen mit Behinderungen gibt es Menschen, die gefährdet sind und Menschen, die kein erhöhtes Risiko haben.
Man kann nicht für alle Menschen mit Behinderungen höhere Sicherheits-Maßnahmen bestimmen.
- Die höheren Sicherheits-Maßnahmen führten oft dazu, dass Menschen mit Behinderungen eingesperrt oder weggesperrt wurden.
Das ist eine Menschen-Rechts-Verletzung!
- Menschen, egal mit welcher Behinderung, brauchen weiterhin Kontakt zu anderen Menschen.
Sonst vereinsamen sie.

- Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Unterstützungen für den Umgang mit Internet und anderen technischen Geräten zur Kommunikation.
- Menschen mit Behinderungen müssen weiterhin Transport-Möglichkeiten haben.
- Menschen mit Behinderungen, die Persönliche Assistenz erhalten, sind auf diese Assistenz angewiesen. Das ist für diese Menschen lebensnotwendig und muss daher weiter angeboten werden.
- Assistenz-Personen der Persönlichen Assistenz müssen regelmäßig getestet werden. So ist es auch beim stationären Personal.
- Persönliche Assistent_innen, mobile Begleiter_innen, und Angehörige von Menschen mit Behinderungen müssen auch ausreichende Schutz-Ausrüstung erhalten.
- Man darf nicht nur auf Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen achten, sondern auch auf alle, die zu Hause sind.
- Es braucht ausreichende, gemeinde-nahe Unterstützungs-Angebote.
- Im Krisen-Fall muss es mobile Dienste weiterhin geben und sie müssen sogar ausgebaut werden.
- Frauen sind in Krisen-Fällen besonders belastet. Sie brauchen Unterstützung.
- Eltern von Kindern mit Behinderungen brauchen Unterstützung.
- Angehörige von Menschen mit Behinderungen sind in Krisen-Fällen besonders belastet. Sie brauchen eine Möglichkeit zur Beratung und Hilfe.
- Nach einem Krisen-Fall brauchen einige Menschen Hilfe und Begleitung, um wieder den Alltag zu bewältigen.

Bildung:

- Barriere-freies Lernen am Computer muss für alle möglich sein.
- Schulen und Eltern müssen mehr Kontakt haben und besser zusammen arbeiten.

- Kinder, die nicht am Computer lernen können, brauchen andere gute und barriere-freie Unterrichts-Formen.
- Kinder mit einem Sonder-pädagogischen Förder-Bedarf dürfen aus dem Unterricht nicht ausgeschlossen werden.
- Für alle Mitarbeiter_innen und Studierende mit Behinderungen müssen Fern-Arbeit und Bildungs-Dienste gleichermaßen zugänglich sein.

Arbeit:

- In der Arbeit darf es wegen der Corona-Krise nicht so viel Stress geben.
- Firmen und betroffene Arbeitnehmer_innen brauchen mehr Unterstützung und Beratung.
- Menschen mit Behinderungen brauchen in Krisen-Fällen einen Kündigungs-Schutz in ihrer Arbeit.
- Es muss Gesetze für den Schutz von Freiwilligen, Zivil-Dienern und Ehren-amtlichen geben, wenn sie in Krisen-Fällen mit Menschen mit Behinderungen arbeiten.
- Angehörige, die Menschen mit Behinderungen betreuen, brauchen in Krisen-Fällen einen Schutz vor Verlust ihres Arbeits-Platzes.
- Der Staat muss während und nach einem Krisen-Fall Maßnahmen machen, damit Menschen mit Behinderungen Ihre Arbeit nicht verlieren. Sie sollen sich in dieser Zeit auch weiterbilden können.

Einrichtungen:

- In Einrichtungen waren die Regeln und Einschränkungen für Menschen mit Behinderungen strenger als für die sonstige Bevölkerung. Es darf keine ungleiche Behandlung geben.
- Einrichtungen müssen weiterhin offen bleiben. Dafür braucht es Regeln. Betroffene brauchen weiterhin Strukturen.
- Manche Menschen haben Angst. In den Einrichtungen muss man darauf eingehen.

- Menschen in Einrichtungen haben das Recht, alleine zu telefonieren.
- Menschen mit Behinderungen müssen die Einrichtung mit Maske und Abstand verlassen zu dürfen.
- Wohn-Strukturen müssen geöffnet bleiben und dürfen nicht zugesperrt werden.
- Wenn es unbedingt notwendig ist, dass eine Einrichtung geschlossen wird, müssen Menschen mit Behinderungen weiterhin Kontakt zu Angehörigen haben.
- Die Unterstützungs-Personen müssen alle genügend Schutz-Material haben.
- Das Personal muss regelmäßig getestet werden.
- Tages-Stätten dürfen nicht einfach geschlossen werden.
- Therapien sind für Menschen mit Behinderungen oft sehr wichtig. Diese Therapien müssen weiterhin möglich sein.
- Im Gesetz muss stehen, dass soziale Dienst-Leister in einem Krisen-Fall weiterhin arbeiten müssen.
- In der Corona-Krise wurden Werk-Stätten geschlossen. Einigen Menschen mit Behinderungen ging es dann besser. Sie hatten weniger Stress. Viele machten andere schöne Sachen. Man soll daher nachdenken, ob es bessere Beschäftigungs-Möglichkeiten als die Werkstätten gibt.

Gesundheit:

- Menschen mit Behinderungen müssen auch im Krisen-Fall ohne Einschränkungen medizinisch versorgt werden. Wenn das nicht stationär möglich ist, dann auch mobil. Bei stationären Aufenthalten in Kranken-Häusern muss besonderer Betreuungs-Bedarf von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.
- Eine Krise oder Katastrophe kann sehr belastend sein. Menschen mit Behinderungen brauchen eine barriere-freie Unterstützung, um mit dieser Belastung klar zu kommen.

- Ärzt_innen dürfen in einem Krisen-Fall nur aus medizinischen Gründen darüber entscheiden, wer gerettet werden soll.
Keinesfalls darf aus Gründen wie Alter, Geschlecht, soziale oder ethnische Zugehörigkeit oder Behinderung entschieden werden.
- Das medizinische Personal muss geschult werden, welche Kommunikations-Formen es mit Menschen mit Behinderungen gibt und wie man diskriminierungs-freie behandelt.

Information, Kommunikation:

- Alle Menschen mit Behinderungen brauchen fort-laufende und barriere-freie Informationen über Maßnahmen.
- Informations-Sendungen müssen Unter-Titel haben.
- Medien müssen neue Kommunikations-Formen für Menschen mit Behinderungen finden.
- Einige Menschen mit Behinderungen sind nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse auszudrücken.
Sie brauchen spezielle Kommunikations-Formen, darüber zu reden.
- Informationen muss es auch in Leichter Sprache geben.
- Öffentliche Informationen müssen live und wort-genau untertitelt sein.
Die Texte müssen unmittelbar nach der Sendung veröffentlicht werden.
- Übersetzungen müssen durch geprüfte, professionelle Gebärden-Sprach-Dolmetscher_innen erfolgen.
- Gebärden-Sprach-Dolmetscher_innen müssen neben den Redner_innen vor der Kamera sichtbar sein.
- Videos sollen zusätzlich Unter-Titel haben.
- Gehörlose Menschen mit Lern-Schwierigkeiten und gehörlose Kinder benötigen bildhafte Gebärden (Deaf+).
- Für Menschen mit Behinderungen müssen Not-Ruf-Nummern barriere-frei zugänglich sein.
Das gilt auch für gehörlose und schwerhörige Menschen.
- Die Corona-Hotline 1450 muss mit Anliegen von Menschen mit Behinderungen vertraut sein.

- Schutz- und Hygiene-Materialien muss es auch für Menschen mit Behinderungen geben.
Dazu muss es barriere-freie Informationen geben.
- Die Landes-Sendung von ORF Tirol ist eine wichtige Informations-Sendung für die Tiroler Bevölkerung.
Sie muss ständig in Gebärden-Sprache und mit Unter-Titeln und in einfacher Sprache gesendet werden.
- Die Medien sollen mit Katastrophen sensibel umgehen.

Unterstützungs-Leistungen:

- Hilfe-Stellungen müssen leichter zugänglich sein.
- Die Hilfs-Angebote müssen bekannt sein.
Informationen dazu muss es auch in Zeitungen, im Fernsehen, in Geschäften und beim Arzt geben.
- Die Unterstützungs-Angebote müssen zu den Bedürfnissen der Betroffenen passen.
- Menschen mit Behinderungen brauchen ausreichend Geld und Unterstützungen.
- Es muss sichergestellt sein, das Menschen, die zu Hause bleiben müssen, alles bekommen, was sie brauchen.
Sie brauchen auch Kontakt zu anderen Menschen.
Es braucht gute Lösungen.

Katastrophen-Schutz-Maßnahmen:

- Die Menschen müssen in Krisen-Fällen zusammen-halten.
Dazu braucht es Maßnahmen.
- Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es viele Bereiche gibt, wo Dinge nicht so gut funktionieren.
An diesen Problemen muss man außerhalb von Krisen arbeiten und sie verbessern.
- Die Auswirkungen und Entwicklungen während der Corona-Krise müssen von Wissenschaftlern untersucht werden.
- In der Einsatz-Zentrale muss es ein barriere-freies Alarm-System für Menschen mit einer Hör- oder Sprach-Beeinträchtigung in Notfällen geben.

- Menschen mit Behinderungen müssen in der Gruppe von Verantwortlichen dabei sein, die über die notwendigen Maßnahmen entscheidet.
- Für Einrichtungen, in welchen behinderte oder alte Menschen betreut werden, muss es festgeschriebene Pläne geben. Dort muss alles über das Vorgehen in einem Krisen- oder Katastrophen-Fall stehen.

Verwaltung:

- Behörden müssen für Behinderten-Dienste erreichbar sein.
- Ämter und Behörden müssen barriere-frei sein.
- Die Landes-Regierung muss Organisationen und Einrichtungen unterstützen.
- In der Politik muss man miteinander gut umgehen und darf nicht streiten.
- Nach einem Krisen-Fall darf es keine Rück-Schritte geben. Es darf nicht durch Einsparungen zu Verschlechterungen für Menschen mit Behinderungen kommen.
- Es muss eine Arbeits-Gruppe gebildet werden, die schaut, wie es Menschen mit Behinderungen in der Corona-Krise gegangen ist.
- Es müssen neue Krisen-Pläne erstellt werden, die die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.
Menschen mit Behinderungen müssen daran beteiligt sein.
- Menschen-Rechts-Verletzungen während der Corona-Krise müssen untersucht werden.
- Im Gesundheits- und Sozial-System muss es genug Geld geben.
- Im Nationalen Aktions-Plan und im Tiroler Aktions-Plan müssen die Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen im Krisen- und Katastrophen-Fall berücksichtigt werden.

Zum Schluss:

Es gab in dieser Zeit viele Personen, die uns geschrieben, an der Vorbereitung zur öffentlichen Sitzung geholfen, Vorträge bei der öffentlichen Sitzung gehalten und bei dieser Stellungnahme mitgewirkt haben.

Wir bedanken uns bei folgenden Mitwirkenden:

Michaela Lödler, Mag.^a Christine Riegler, Univ.Prof.Dr. Volker Schönwiese, Eliah Lüthi, Mag.^a Astrid Höpperger, Univ.Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Murschetz LL.M., Monika Mück-Egg, Sebastian Fehr, Marianne Hengl, Anton Klotz, Elmar Rizzoli, Dr. Herwig Bucher, Mag. Florian Kurzthaler, Prummer Susanne BA,

... den Mitgliedern des Tiroler Monitoringausschusses,
... dem Team der Servicestelle Gleichbehandlung und Antidiskriminierung:
Daniela Friedle MA, Gabriel Hämmerle MA, Mag. Wolfgang Berndorfer,
Dr.ⁱⁿ Janine Messner, Susanne Reinisch, Sonja Spiss, Rokaia Khalil
... und bei allen, die uns ihre Erfahrungsberichte geschickt haben.

Folgende Dokumente wurden bei der Erstellung dieser Stellungnahme verwendet:

bidok, LeseZeichen, 1. Ausgabe 2020 / Heft 13

Stellungnahme vom Netzwerk Selbstvertretung Österreich

Stellungnahmen ÖZIV-Tirol

Stellungnahmen AMB – Angehörige von Menschen mit Behinderungen

Nachdenken über Corona: Ergebnisse und Folgen der Evaluationen zum NAP und zu COVID 19; Impulsvortrag von Univ.Prof.Dr. Oliver Koenig

„Wahrnehmungsbericht: Auswirkungen der COVID-19 Krise in Wien“; Wiener Monitoringstelle

COVID-19 – Behindertengerechtes Krisenmanagement: Offener Brief an Politische Entscheidungsträger_innen; Österreichischer Gehörlosenbund

Mag.^a Isolde Kafka

Mag.^a Cornelia Atalar